

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

30 (31.1.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen
Ständeversammlung Nr. 31. Zweite Kammer. 26. öffentliche Sitzung

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen der Badischen Ständerversammlung.

N^o 31.

Karlsruhe, den 31. Januar

1910.

==== Zweite Kammer. ====

26. öffentliche Sitzung

am Samstag den 29. Januar 1910.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Fortsetzung der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (für Förderung der Landwirtschaft), und damit (Ausgabe Titel XVI Nr. 42) in Verbindung: den Antrag der Abgg. Dr. Zehner u. Gen., das Anbauberbot in Bezug auf in Amerika heimische Reben betr. (Drucksache Nr. 27) — Drucksache Nr. 12 d —, Berichterstatter: Abg. Frhr. von Mensingen;

ferner Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Schmidt-Karlsruhe u. Gen., die Maßnahmen gegen übermäßige Fegung des Wildstandes betr. (Drucksache Nr. 18).

Zur Tagesordnung erhalten das Wort

Abg. Frhr. von Gleichenstein (Zentr.): Ich werde Ihre Zeit nicht sehr lange in Anspruch nehmen. Ich habe nur der ausführlichen Rede des Herrn Kollegen Schüler einiges ergänzend nachzutragen.

Das Jahr 1909 brachte uns das neue Weingesetz. Dasselbe hat die Wünsche der Naturweinbauvereine nicht ganz erfüllt. Es hat unseren Hauptwunsch nicht erfüllt, der darnach ging, den direkten Deklarationszwang zu bekommen. Es hat ferner den Wunsch nicht erfüllt, daß als Wein nur reiner Naturwein gelten sollte. Das Gesetz versteht heute unter Wein sowohl den reinen Naturwein wie den gezuckerten Wein. Das halten wir vom Standpunkt der Naturweinbauvereine für einen Fehler. Wir werden in den Naturweinbauvereinen fortfahren, das Publikum über den großen Unterschied aufzuklären, der zwischen den beiden Begriffen ist. Das neue Weingesetz hat für uns Rebauern die Buchführung gebracht; wir unterwerfen uns dieser Buchführung recht gerne, denn wir erkennen ihren hohen Wert für die zielbewußte Kontrolle, die wir unbedingt notwendig haben.

Daß die Lage der Rebauern in den letzten Jahren eine sehr schlechte geworden ist, hat Herr Kollege Schüler schon ausgeführt, und auch ich muß namens der Rebauern am Kaiserstuhl der Regierung für das Entgegenkommen danken, das sie uns in steuerlicher Beziehung erwiesen hat. Der Hauptgrund, weshalb die Lage der Rebauern eine so schlimme ist, sind die Verheerungen, die der Sauerwurm in den letzten Jahren in all unsern Rebbergen angerichtet hat. Alle Versuche, die wir mit Gegenmitteln gemacht haben, sind leider an dem ungünstigen Einfluß der Witterung gescheitert. Ich hoffe, daß Augustenberg sich durch diesen Mißerfolg nicht irre machen läßt, sondern fortfahren wird, nach Mitteln zu suchen, damit wir endlich dieser Kalamität

Am Regierungstisch: Minister des Innern Wirkl. Geheimerat Frhr. von und zu Bodman, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Weingärtner, Geh. Oberregierungsrat Rebe, Oberregierungsrat Hafner, die Regierungsräte Cronberger und Dr. Paravicini.

Präsident Rohrhurst eröffnet kurz nach 9¹/₄ Uhr die Sitzung.

Die eingekommene Petition des Ingenieurs Wilhelm Thiel in Berlin, den Otto-Heinrich-Bau des Heidelberger Schlosses betreffend, wird der Budgetkommission überwiesen.

Herr werden. Ein Mittel, das vielleicht einen gewissen Erfolg hätte, ist der Mottenfang. Aber der wird nur dann Erfolg haben, wenn in den Gemeinden gemeinsam mit dem Mottenfang vorgegangen wird, und es wäre vielleicht wünschenswert, wenn die Großh. Regierung durch die Bezirksämter und vielleicht auch durch die Schulbehörden auf die gemeinsame Durchführung dieser Arbeit hinwirken könnte.

Ein Grund für die Mißerfolge in unseren Reben ist vielleicht auch eine gewisse Mädigkeit der Reben. Der Herr Kollege Schüler hat schon auf die Notwendigkeit der Verjüngung hingewiesen. Ich komme damit aber auf einen Gedanken, den ich auf dem letzten Landtag ausgeführt habe, den Gedanken an die Verjüngung unserer Reben durch Sämlingszucht.

Daß die Amerikanerrebe so begehrt und so beliebt ist, hat seinen Grund darin, daß sie widerstandsfähig ist gegen die pflanzlichen und tierischen Schädlinge und daß sie so außerordentlich tragfähig ist. Aber gerade die Amerikanerrebe ist eben ein Sämling und ihre Widerstandsfähigkeit würde ein Beweis für meine Ansicht über den Nutzen der Sämlingskultur sein. Die freundliche Stellung, die die Großh. Regierung unserem Antrag gegenüber eingenommen hat, wird wohl die große Aufregung wegen des Verbots der Amerikanerrebe mildern. Ich begrüße diese Milde auch noch von einem andern Standpunkt aus. Aus dem Bericht des Herrn v. Menzinger ersehen wir, daß rings um Baden herum schon ganz gewaltige Reblausherden sind. Wir am Kaiserstuhl sind ganz nahe an großen Reblausherden des Elßasses. Wir haben einen sehr regen Verkehr nach dem Elßas hinüber. Wir werden also möglicherweise die ersten sein, die die Reblaus bekommen, und darum bin ich in dieser Frage vielleicht als Kaiserstühler etwas ängstlicher als andere. Ich glaube und ich fürchte, daß wir trotz aller Absperrungsmaßregeln auch die Reblaus bekommen werden. Und wenn wir sie bekommen, dann ist die Amerikanerrebe unser einziges Mittel, mit dem wir unsern Rebbau weiter führen können.

Nun habe ich mit großem Interesse aus dem Dümmlerschen Bericht gelesen, daß auf dem Turmberg bei Augustenberg Versuche mit Amerikanerreben gemacht werden. Es werden dort große Anstrengungen gemacht, sich für den Kampf gegen die Reblaus einzuarbeiten. Das sehen wir auch aus der Anforderung von 30 000 M. für ein Reberedelungshaus dortselbst. Aber ich habe nicht ersehen können, nach welchen Grundsätzen dort mit der Auswahl der anzupflanzenden Amerikanerreben vorgegangen wird; das zu erfahren, wäre mir sehr interessant. Der Turmberg ist sehr kalkhaltig, die verschiedenen Sorten der Amerikanerreben verhalten sich aber gegen den Kalk sehr verschieden. Unter den amerikanischen Traubensorten, die auf dem Turmberg gepflanzt werden, habe ich die sog. Taylorrebe, die in Baden einheimische Amerikanerrebe, nicht gefunden. Es wäre sehr nahelegend, daß gerade mit dieser Traubensorte, die nach allen Berichten sich sehr gut zur Stecklingsvermehrung eignet und vorzüglich geeignet ist, die Veredlung der vitis vinifera anzunehmen, dort auch Versuche gemacht würden. Es besteht ja gar keine Gefahr, daß mit dieser Traubensorte eine Verseuchung des Turmbergs eintritt, denn diese Traubensorte ist ja als Sämling nach Deutschland resp. auf den Blankenhornsberg eingeführt worden, vielleicht aus Frankreich; nach einzelnen Berichten ist sie identisch mit der sog. weißen Elvirarebe, die eine französische Züchtung

ist. Sie kommt also gar nicht einmal aus Amerika herüber, und sie konnte als Sämling nicht der Träger der Reblauseier sein. Es wäre also ganz gut, wenn man auch mit dieser Rebe, die auf nicht kalkhaltigem Boden gedeiht, auf dem Turmberg Versuche machen würde. Wenn wir die Reblaus bekommen, dann sind wir für Verjüngung unserer Bestände auf Augustenberg angewiesen. Augustenberg aber schreibt in seinem Bericht, daß es erst vom Jahre 1912 an in der Lage wäre, ungefähr 40 000 Veredelungen zu liefern. Das wäre viel zu wenig für den großen Bedarf, den wir benötigen, wenn wir wirklich das Unglück haben sollten, die Reblaus in unsere Reberge hineinzubekommen, und ich würde es für einen großen Fehler halten, wenn wir nicht auch aus andern Gegenden Badens amerikanische im Inland gezogene Unterlagen bekommen könnten, um unsern Rebbau dann rasch wieder auf die entsprechende Höhe zu bringen. Angesichts der großen Gefahr aber, welche uns die Pflanzung amerikanischer Reben zunächst noch bringt, wage ich es kaum, die Anregung zu geben, daß auch in andern Gebieten, nicht nur auf dem Turmberg, außerhalb des Rebggebietes Versuche mit amerikanischen Reben unter der Aufsicht von Augustenberg gemacht werden. Es wäre das gerade deshalb empfehlenswert, weil die amerikanischen Reben sich verschieden dem Kalk gegenüber verhalten. Wir sind ja am Kaiserstuhl in der glücklichen Lage, bezüglich des Kalkgehalts ähnlichen Boden wie Augustenberg zu haben, wir haben aber eine ganze Menge Reblaus in Baden mit ganz anderem Boden, und da würden vielleicht die Augustenberger Rebsorten nicht so rasch und günstig anwachsen, wie das im Interesse der Weiterentwicklung des badischen Rebbaus notwendig wäre.

Auch für die Bienezucht muß ich Sie noch etwas in Anspruch nehmen. Die Bedeutung der Bienezucht ist auf früheren Landtagen schon hervorgehoben und es ist dort auch betont worden, welche großen Werte in unserer heimischen Bienezucht angelegt sind; aber die Faulbrut macht ganz erschreckende Fortschritte in unserer badischen Zucht, sie ist schon in 33 Bezirken festgestellt, der badische Bienezuchtverein hat schon große Summen zu ihrer Bekämpfung ausgeben müssen. Der Bienezuchtverein macht alle möglichen Anstrengungen. Zur Ausbildung der Vorstände und der Bienezüchter hat er im vorigen Jahre einen Faulbrutkurs in Mastatt veranstaltet, und da mußte neben dem badischen Forscher, den wir haben, ein ausländischer Forscher, Dr. Kerschsteiner von Bern, zu Hilfe geholt werden, um Vorträge zu halten. Ich habe schon auf dem letzten Landtage bedauert, und ich muß das auch heute tun, daß sich weder Augustenberg noch das tierhygienische Institut mit der Faulbrut beschäftigen. In der Bienezucht machen sich übrigens gleiche Bestrebungen geltend, wie wir sie im Weinbau und beim Kirschwasser finden. Die schnelle Gewinnjucht nützt den Namen Honig aus, um unter ihm, der den Begriff der Naturreinheit in sich führt, Fälschungen an das Publikum zu bringen. Ich möchte die Großh. Regierung dringend bitten, daß sie die Bestrebungen des Bienezuchtvereins nach einem wirksamen Honigschutzgesetz kräftigst unterstützt.

Die badische Landwirtschaftskammer interessiert sich ebenfalls sehr für die Frage der Bienezucht und auch für die Frage der Faulbrut. Wir müssen dankbar anerkennen, daß, wie die Großh. Regierung, so auch die Landwirtschaftskammer dem Bienezuchtverein einen namhaften Beitrag zur Bekämpfung der Faulbrut zur Verfügung gestellt hat.

Aus einem kleinen Kreis meines Wahlbezirktes muß ich eine Bitte an die Großh. Regierung übermitteln. Dort richtet die Saatfrähe in ihren übergroßen Mengen gewaltigen Schaden an. Die Rheinwäldungen sind speziell bei uns die Nistplätze für diese Tiere; sie kommen von dort aus in mächtigen Scharen auf die Acker, sie gehen bei der Winterfaat dem Weizen nach und im Frühjahr dem Weizenforn, vernichten die Saaten, außerdem suchen sich die Saatfrähen als beliebte Speise die Eier und die Jungen unserer Singvögel. Wir halten deshalb die Saatfrähe für einen höchst schädlichen Vogel, und die betroffenen Gemeinden bitten, daß irgend welche Maßregeln ergriffen werden, um ein Überhandnehmen dieser Tiere zu verhindern und um deren Zahl zu mindern.

Von Seiten des Bauernvereins habe ich den Auftrag bekommen, Ihnen über eine Enquete, die er über die Lage der Hopfenbauern gemacht hat, zu berichten und entsprechende Wünsche daran zu knüpfen. Die Lage der Hopfenbauern ist seit einer Reihe von Jahren sehr schlecht. Der Hopfenbau ähnelt in gewissem Sinne dem Rebbaue. Die Anlage ist stets für eine längere Reihe von Jahren gemacht, eine Hopfenanlage kann ein Alter von 30 bis 40 Jahren erreichen. Die Anlagekosten für Draht, für Stangen, für Düngung, für rigolen der Fläche und die Betriebskosten sind sehr groß. Nach den Berichten schwanken die Betriebskosten zwischen 380 und 700 Mark für den badischen Morgen. Die Schwankung in diesen Betriebskosten rührt wohl daher, daß der eine Landwirt vielleicht die Arbeit der eigenen Angehörigen weniger hoch berechnet hat wie ein anderer, der darauf angewiesen ist, mit fremden Leuten zu arbeiten. Der Wert des badischen Morgens als Hopfenanlage ist auch sehr hoch, er wird mir mit ungefähr 2000 M. genannt. In Baden haben wir 4 Gebiete, in denen der Hopfen mehr gepflanzt wird wie andernwärts, es sind das die Seegegend, das Mittel- land, die Gegend um Heidelberg (Wiesloch-Schwekingen) und der Oberrhein. Im Mittel- und im Oberrhein ist der Hopfenbau außerordentlich stark im Rückgang. In Betracht kommen also nur noch die Seegegend und das Unterland bei Heidelberg (Wiesloch-Schwekingen). Aus den Berichten, die wir aus ungefähr 50 Dörfern bekommen haben, an die wir die Umfrage verschickt haben, haben wir ersehen können, daß auch in diesen beiden Gebieten der Hopfenbau sehr stark zurückgeht, und er ginge vielleicht noch stärker zurück, wenn nicht das Anlagekapital für 30 bis 40 Jahre in den Hopfenanlagen festgelegt wäre. Für einen großen Teil der Hopfenbauern bildet die Einnahme aus dem Hopfen einen wesentlichen Teil ihres Einkommens, sie sind allerdings nicht gerade davon abhängig. Im Unterland bauen über 2530 Familien Hopfen. Wenn man in Betracht zieht, daß der Ertrag der badischen Hopfenernte im Durchschnitt auf 2 bis 3 Millionen geschätzt wird, so sieht man daraus doch, daß für diese 2530 Familien im Durchschnitt ein ziemlich erheblicher Betrag ausfällt, wenn die Hopfenernte schlecht gerät. Die Gründe, daß in den letzten Jahren die Hopfenernte mäßig ist, sind verschiedener Natur. Das Ertragsverhältnis war bis vor einigen Jahren noch gut, aber die Preise waren ganz miserabel, sodaß der finanzielle Erfolg sehr schlecht war. Im letzten Jahr waren die Preise sehr schön, aber es lag eine vollständige Mißernte vor, die Ernte betrug für den badischen Morgen höchstens 2 bis 5 Zentner, während die Durchschnittsernte auf 11 Zentner angegeben wird.

Die Gründe für die Mißernte sind auch verschiedener Natur, es sind tierische und pflanzliche Parasiten, die an der Hopfe ihr Unwesen getrieben haben, unterstützt allerdings von einer sehr schlechten Witterung.

Aus all dem ist anzunehmen, daß die Lage der Hopfenbauern in der letzten Zeit wirklich eine ganz schlechte ist, und es geht unsere Bitte an die Großh. Regierung, dem Hopfenbau Fürsorge angedeihen zu lassen. Einzelne Berichte bitten, man möge den Leuten Laubstreu abgeben, um billigeren Düng zu bekommen, und das ist ja ein Wunsch, dem von Seiten der Großh. Regierung leicht entsprochen werden kann. Als ein weiteres Hilfsmittel sehen die Hopfenbauern an, daß man vielleicht die Neuanlagen prämiieren könnte. Vielleicht könnte auch die Großh. Regierung dazu behilflich sein, daß aus dem Ausland, vielleicht aus Böhmen, wo ja ähnliche klimatische Verhältnisse und Bodenverhältnisse wie in unserer Hopfengegend herrschen sollen, neue Pflanzen eingeführt werden und daß auf diese Art eine Regeneration des badischen Hopfenbaues erfolgen könnte. Vielleicht könnte die Regierung den Hopfenbauern auch insofern entgegenkommen, daß sie ihnen wie den Reb- bauern Steuerbegünstigungen bewilligt. Eine große Anzahl badischer Bauern ist an dem Hopfenbau interessiert, es sind sehr brave und fleißige Leute, die sehr schwer unter diesen Mißernten und unter den schlechten Verhältnissen leiden, und sie sind würdig, daß ihnen auch von Seiten der Regierung geholfen wird. Ich möchte diese Bitte des Bauernvereins an die Großh. Regierung, für die Hopfenbauern einzutreten, hiermit ausgesprochen haben. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Leiser (natl.): Da der Herr Präsident den Wunsch ausgesprochen hat, daß nicht allzuweitgehende Erörterungen gepflogen werden mögen, will ich mich gerne diesem Wunsche fügen und nur in Kürze auf einzelne Positionen des Voranschlags etwas eingehen.

Die Landwirtschaftskammer hat bereits bewiesen, daß sie in der Lage ist, die Landwirtschaft in weitgehender Weise zu fördern. Wenn bei der gegenwärtigen Finanzlage eine Erhöhung des Beitrages nicht erfolgen konnte, so dürfte eine solche wohl für später unter besseren Verhältnissen zu ermöglichen sein.

Bei der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg ist ein Beamter als Molkereifachverständiger angestellt, der aber, wie mir gesagt worden ist, den größten Teil seiner Tätigkeit für andere Zwecke benutzen muß (z. B. Kunstdüngerkontrolle), die mit seinem Spezialfach nichts zu tun haben und ihn diesem entziehen, zum Nachteil der Milchwirtschaft und Viehzucht. In neuerer Zeit gerade vollzieht sich auf dem Gebiete der Milchwirtschaft eine größere Umwälzung, indem bisherige Hauptmilchproduzenten, z. B. Waghäusel und sonstige größere Güter, diesen Betriebszweig aufgeben. Der Schwerpunkt der Milchzeugung wird dadurch in die Ställe der kleineren Landwirte verlegt.

Als „sonstiger Aufwand“ für Augustenberg sind 13 600 Mark eingestellt. In den Erläuterungen hierzu sind die Einnahmen der Anstalt veranschlagt zu 29 400 M., die Ausgaben zu 43 000 M. Unter letzteren ist als Aufwand auf die Versuchsfelder der Betrag von 10 000 M. genannt, welcher sehr hoch erscheint, zumal man meines Wissens noch nicht erfahren hat, was für die landwirtschaftliche

Praxis nutzbares dabei herauskommt. Alle der Praxis nützlichen Ergebnisse sollten auf möglichst raschem Wege der weitesten Öffentlichkeit bekannt werden. Andernfalls haben die Summen, welche die Versuchsanstalt schon gekostet hat, wenig oder keinen Wert und das Geld könnte einem Leid tun.

Was die Saat- und Zuchtanstalt Hochburg angeht, so ist es erfreulich, daß wir endlich versuchen, es anderen Bundesstaaten nachzumachen. In dem Leiter der Anstalt ist eine tüchtige Kraft gewonnen worden, was schon daraus hervorgeht, daß derselbe einen Ruf nach Böhmen erhalten hat. Trotzdem der Herr dort einen bedeutend höheren Gehalt bekommen hätte, als er bei uns bezieht, hat er diesen Ruf abgelehnt. Wir dürfen wohl hoffen, daß derselbe unserem Lande erhalten bleibt und dadurch Gelegenheit hat, in erfolgreicher Tätigkeit zu wirken. Ein Hauptfehler für die Saat- und Zuchtanstalt ist der, daß sie am falschen Platze liegt. Es ist mir schon wiederholt von sachverständiger Seite versichert worden, daß sich die Hochburg nicht zu einer Saat- und Zuchtanstalt eignet, was auch bereits von einigen Rednern betont worden ist. Die im Herbst 1908 begonnenen Anbauprobe mit Landorten unserer Wintergetreidearten konnten bedauerlicher Weise im Frühjahr 1909 mit Sommergetreide nicht fortgesetzt werden. Wo es da wohl gefehlt haben mag? Vielleicht an einem passenden Grundstück! Aus dem schon mehrfach erwähnten Artikel der „Bad. Landeszeitung“ will ich mich nur auf den Satz beziehen, der es als unwürdig bezeichnet, daß eine Staatsanstalt gewissermaßen eine Gastrolle in einem Privatbetrieb gibt, denn obwohl die Hochburg Staatsdomäne ist, so ist der Pächter doch als Privatunternehmer anzusehen.

Die landwirtschaftlichen Winterjulen entwickeln sich, wie aus dem Kommissionsbericht anliegenden Tabelle ersichtlich ist, günstig. Die Befürchtung, daß bei weiteren Errichtungen von solchen Anstalten für die bestehenden Konkurrenz erwachse, ist nicht eingetroffen. So ist z. B. bei der Mosbacher Anstalt seit deren Errichtung die Durchschnittszahl der Schüler 32, in Tauberbischofsheim 33.

Die Landwirtschaftslehrer genießen das volle Vertrauen der praktischen Landwirte und stehen in hohem Ansehen. Ihre Anstellungsverhältnisse und Bedingungen scheinen aber der Verbesserung zu bedürfen. Für die Ackerbauschule Hochburg sind zwei Landwirtschaftslehrer angefordert, von denen wohnt einer in Emmendingen. Dieser Herr muß bei den vielen Kursen in Hochburg fast täglich Fuhrwerke dorthin benützen, was wohl eine Menge Kosten verursacht. Es wäre gewiß von Interesse, zu erfahren, wie viel für solche Aufwendungen „zur Förderung der Landwirtschaft“ ausgegeben wird.

Der Vorstand der Ackerbauschule Hochburg hat keine Dienstwohnung, bekommt also zu seinem Gehalt und dem halbgeschenkten, gewiß sehr rentablen Pachtgut noch Wohnungsgeld. Man nennt im Lande die Hochburg eine gute Milchkuh, die sogar an 5 Strichen Milch gibt, kein Futter braucht und auch nie trocken steht, sondern stets frischmelkend ist. Nach einer auf Grund der Statistiken der letzten Jahre gemachten Zusammenstellung betragen die Aufwendungen für diese Schule in 8

Jahren rund 88 000 M., oder durchschnittlich 11 000 M. im Jahr. Dazu dürfte noch der Zuschuß an den Vorstand für die Anstellung von zwei Aufsehern zu rechnen sein mit jährlich 1200 M., das gibt zusammen einen jährlichen Durchschnittsaufwand von 12 200 M., der mit dem Unterricht nichts zu tun hat. Der Fall, daß der Verpächter seinem Pächter noch das Aufsichtspersonal bezahlt, dürfte wohl einzig dastehen. Und wozu das Pachtgeld verwendet wird, ist aus den Erläuterungen nicht zu ersehen. Man wird auch heute noch gefragt, ob niemand Gelegenheit hatte, bei der Verpachtung als Mitbewerber aufzutreten, und ob der Pächter gerade ein Württemberger sein mußte.

Nun möchte ich mich noch kurz der Förderung der Rindviehzucht zuwenden. Bezüglich der Farrowhaltung haben die Bezirksärzte weitgehende Entscheidungen zu treffen. Man sollte hier den Gemeinden etwas mehr freie Hand lassen. Auch dürfte dem Zuchtinspektor in Unterbaden mehr Einfluß auf die Farrowhaltung eingeräumt und ihm die Entscheidungsinstantz bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gemeinde und dem Bezirksärzte zugewilligt werden. Es sollte nicht allzuviel auf gute Formen, sondern auch etwas mehr auf gute Leistungen der Tiere gesehen werden.

Daß die Rinderstammzuchtstationen, die Hunderttausende verschlingen haben, aufgehoben worden sind, ist gewiß nur gut, daß aber auch die Farrowzuchtstationen solche Zuschüsse erfordern, ist zum mindesten erstaunlich. Es wäre interessant, zu erfahren, wer das viele Geld bekommt; wer es bezahlt, wissen wir ja.

Zu § 31 „Sonstiger Aufwand“ wären nähere Erläuterungen wünschenswert gewesen. In den hier eingestellten 160 000 M. steckt wohl der Aufwand für die Viehprämierung und dergleichen. Auch hier wäre es interessant, zu erfahren, wie viel an Bargeld in die Hände der Züchter kommt und wieviel auf die Kommissionen entfällt. Die Viehprämierung wird vielfach, namentlich von kleineren Landwirten, nicht besonders günstig beurteilt. Diese können eigentlich nicht recht mit größeren Züchtern in Wettbewerb treten, sie müssen ihre Tiere meistens zu Fuhrleistungen heranziehen, was bei den größeren Züchtern nicht der Fall ist. Es fragt sich, ob die hierfür aufzuwendenden Mittel der Allgemeinheit nicht mehr zu Gute kämen, wenn sie den Gemeinden als Unterstützung zur Farrowhaltung bewilligt würden. Dies ist sogar ein besonderer Wunsch der kleineren Landwirte.

Was sodann die weiteren Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft betrifft, so ist auch hier die Verwendung im einzelnen nicht nachgewiesen. Die Anforderung erscheint deshalb recht hoch, zum mindesten sollte angegeben werden, zu welchen Zwecken solche Summen bisher ausgegeben worden sind.

Schließlich sei noch ein Vergleich gestattet zwischen dem Aufwand für Gewerbe und demjenigen für die Landwirtschaft. Es sind angefordert im ordentlichen und außerordentlichen Etat für Gewerbe 1 829 280 M., für die Landwirtschaft 1 335 230 M., somit für das Gewerbe mehr 494 050 M. Wir sind durchaus nicht neidisch auf die halbe Million, die dem Gewerbe mehr angewendet

wird, und gönnen der Industrie auch den ganz beträchtlichen Aufwand für die technische Hochschule noch dazu, möchten aber auf Grund dieses Zahlenverhältnisses auch bitten, der Landwirtschaft nicht den Vorhalt zu machen, daß sie besonders beborzugt sei. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Fehr. von Menzingen** (Zentr.): Der Saal duftet noch von dem Weihrauch, den die Herren Müller und Neß zu Ehren der Großh. Regierung und einiger Oberamtänner verbrannt haben, und man hat es den glücklich strahlenden Mienen der Herren auf der Regierungsbank angesehen, daß sie mit den Worten der Schrift gern ausgerufen hätten: Wie lieblich sind Eure Worte! (Geisterkeit). Psychologen, wie die Herren von der Regierung es einmal sind, ex professo sind, werden sie sich aber sagen, daß die Dankbarkeit auf Erden eine äußerst seltene Sache ist, und daß das dicke Ende nachkommt, daß die Herren vielleicht nur so ungeheuer gelobt haben, weil sie noch einige Wünsche auf dem Herzen haben. Captatio benevolentiae nennt man das, oder auf deutsch: Man wirft die Wurst nach der Speckseite (Geisterkeit).

Der Herr Kollege Müller hat nun mitgeteilt, daß der Landwirtschaftliche Verein schon 100 Jahre alt sei, eine Tatsache, die, wenn wir sie nicht schon gemerkt hätten, durch die Rede des Herrn Müller bestätigt worden wäre. Wie viele Jahre indessen dieser Landwirtschaftliche Verein geschlafen hat, hat uns der Herr Kollege nicht mitgeteilt. Es gibt vielleicht Leute im badischen Lande, die der Ansicht sind, daß noch kein Ritter stark genug war, um dieses schlafende Dornröschen aus dem Schlafe zu küssen. (Geisterkeit).

Der Herr Minister hat ganz richtig verstanden — was ich vom Herrn Kollegen Müller nicht sagen kann —, was ich gemeint habe und worauf es in meinen Ausführungen hinsichtlich des landwirtschaftlichen Vereins ankam. Mit dem Herrn Minister sind wir darin einig, daß eine gesunde Konkurrenz wohl nicht schaden wird; die Ausartung der Konkurrenz ist aber dadurch gewissermaßen unterbunden, daß die Spitzen der hier in Frage kommenden Vereinigungen auch in der Spitze der Landwirtschaftskammer vereinigt sind, sodas durch eine derartige, ich möchte sagen, Personalunion jedenfalls die ärgsten Auswüchse vermieden werden. Ich würde mit dem Herrn Minister hinsichtlich seiner Ausführungen über ungesunde Konkurrenz durchaus einig gehen, wenn die konkurrierenden Vereine im badischen Frankenlande sich sagten: Jetzt wird mit aller Gewalt und mit allen Mitteln darauf losgewirtschaftet, einerlei, was es kostet, nur um zu sehen, wer es am längsten aushält. Ich muß übrigens in Parenthese anfügen: Vor den Verhandlungen über das Landwirtschaftsbudget haben wir die Vereinbarung getroffen, daß die Frage der Lagerhäuser im badischen Frankenlande hier öffentlich nicht zur Sprache gebracht werden soll. Ich habe mir aber das Versäumnis zu schulden kommen lassen, wegen dessen ich um Entschuldigung bitte, dem Herrn Minister davon keine Kenntnis gegeben zu haben. Ich gehe deshalb auf diese Frage nicht weiter ein. Ich will nur bemerken, daß, insofern in den Ausführungen des Herrn Ministers eine Spitze gegen den Bauernverein enthalten war, das badische Frankenland von Anfang an eine nahezu ausschließliche Domäne des Bauernvereines ge-

wesen ist. Eines schönen Tages ist dann der Konsumverein hingekommen — das war sein Recht, ich will ihm das durchaus nicht bestreiten — und hat angefangen, Lagerhäuser zu gründen. Das ging gut bis zu dem Augenblicke, wo Zwistigkeiten im Schoße der Genossenschaft der Lagerhäuser ausbrachen und Tauberbischofsheim abspaltete. Tauberbischofsheim hat sich dann dem Bauernverein angeschlossen und angefangen, eine starke Konkurrenz zu machen. (Abg. Sänger: Tauberbischofsheim ist von uns ausgeschlossen worden!) Ich habe gesagt: Abgesplittert! Das ist ein ganz indifferenter Ausdruck, mein hochberehrter Herr Kollege! Ich nehme also an, daß es ausgeschlossen worden ist. Über die Gründe wollen wir uns hier nicht aussprechen. Ich bin überhaupt heute noch der Meinung, daß es viel besser ist, wenn wir diese Frage unter vier Wänden friedlich schieblich ausmachen. (Abg. Neß: Ja, dann aber auch nicht davon reden!) Ich habe den Zwischenruf nicht verstanden, ich weiß nicht, ob der Herr Kollege über die Frage informiert ist, die hier zur Diskussion steht.

Ich will dem Herrn Minister noch folgendes bemerken: Alles, was der Bauernverein getan hat, hat er nur aus eigener Kraft getan. Wenn es also Geld kostet, so ist es nicht das Geld der Großh. Regierung, denn wir haben keinerlei Unterstützung bekommen. Damit will ich aber natürlich nicht sagen, daß wir durchaus abgeneigt wären, jemals von der Regierung eine Unterstützung anzunehmen (Geisterkeit). Das will ich durchaus nicht sagen, denn ich kann mir sehr gut Fälle denken, daß einmal die Gelegenheit an uns herantritt, wo wir alle zusammen mit der Großh. Regierung für den Nutzen der Landwirtschaft tätig werden. Damit verlasse ich dieses Gebiet.

Ich bin nun gestern ersucht worden, der Großh. Regierung einige Dinge vorzutragen, die ich so, wie sie an mich herangetreten sind, mitteile.

Es beklagen sich einige landwirtschaftliche Organisationen, daß sie in der Landwirtschaftskammer nicht genügend vertreten seien. Zunächst der mittelbadische Pferdezüchterverband, der ein starkes, edles und gängiges Pferd züchtet. Die Leute glauben also, daß ihre Interessen in der Landwirtschaftskammer nicht gewahrt seien. Ich kann dieser Meinung nicht beitreten, denn wir haben einen Sachverständigen für Warmblutzucht und Halbblutzucht in der Kammer, der in ganz Deutschland hoch angesehen ist, Graf Bismarck, und ich zweifle nicht daran, daß dieser Herr die Interessen dieser Zucht vertreten würde, wenn man an ihn herantreten würde. Ebenso beklagen sich die Vorderwälder und die Hinterwälderzüchter, daß ihre Interessen in der Landwirtschaftskammer nicht wahrgenommen werden; mögen sie sich doch an den einen oder anderen Vertreter wenden, dann wird man ihre Interessen schon wahrnehmen.

Interessant ist aber das, was aus jenem Zuchtgebiet mir mitgeteilt worden ist, daß nämlich die Vorderwälderzücht im Niedergang begriffen sei, daß die Zuchtstation Rudenberg den Anforderungen nicht genüge und daß es sich empfehle, aus der Schweiz eine gewisse rot-schneidige Rasse einzuführen, um der Vorderwälderzücht wieder aufzuhelfen. Hingegen wird anerkannt, daß die Hinterwälderzücht in einer vorzüglichen Verfassung sei und daß die am Belchen eingerichtete Zuchtstation ausgezeichnet funktioniere.

Im Zusammenhange mit der Vorderwälderzucht wurde vorgeschlagen, daß man das hintere Rendtal, Nordrach mit dem Wolfstal, einen Teil des Kinzigtales und des Elztals zu einem einheitlichen Zuchtgebiet zusammenfassen und dort einen aparten leistungsfähigen Talschlag züchten möge. Der Verwirklichung eines solchen Vorschlags steht bei uns in Baden ein unüberwindliches Hindernis entgegen; wie ich aus Erfahrung weiß, ist es nämlich sehr schwierig, daß sich einige Ortschaften aus zwei aneinander grenzenden Amtsbezirken zusammenfinden. Aber ich nehme an, daß der Herr Minister über solche bürokratische Schwierigkeiten erhaben ist und, wenn im übrigen die Sache der Mühe lohnt, an diese Frage herantreten wird.

Außerdem wurde uns nahegelegt, anzuregen, ob es sich nicht empfehle, anstelle der vorhandenen Inspektoren Tierzuchtämter mit Assistenten usw. einzuführen und das Land in drei Tierzuchtamtsbezirke einzuteilen. Ich wiederhole, daß ich diese Dinge hier vorbringe, so wie sie an mich herangetragen sind; ich enthalte mich einer eigenen Meinungsäußerung und gebe sie der Großh. Regierung zur Erwägung anheim.

Ich wende mich nun an den verehrten Kollegen Sängler, mit dessen Ausführungen ich durchweg einverstanden war. Nur mit dem Schlusse seiner Ausführungen kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. Der Herr Kollege Sängler hat nämlich von der Auswanderung gesprochen und hat gesagt, im Osten wäre noch ein weites Gebiet, wohin die badische Auswanderung sich wenden möge. Darin, daß er davon abgeraten hat, nach Südamerika, Brasilien usw. zu gehen, hat er ganz recht; ich habe mich aber darüber gewundert, daß der Herr Kollege für die Auswanderung nicht unsere Kolonien in Afrika empfohlen hat. Die Empfehlung der Ostmarken kann aber nicht für alle Landwirte gleichmäßig gelten, denn in den Ostmarken werden mit Vorliebe nur Protestanten genommen und werden auch an bestimmten Orten angesiedelt; die Katholiken schiebt man an die russische Grenze, nach Breschen, nach Mariendorf, soweit sich überhaupt solche melden. Der Herr Kollege hätte also nicht generalisieren, sondern spezialisieren und nur die Protestanten einladen sollen, dorthin auszuwandern. (Zuruf des Abg. Sängler, Lachen links). Das sind erwiesene Tatsachen, über die Sie mit Lachen nicht hinauskommen.

Der Herr Kollege hat uns auch erzählt, daß er schon eine Informationsreise dahin gemacht und dabei gefunden habe, daß da alles wunderschön in Ordnung sei. Ich habe aber, und zwar nicht in Zentrums- oder Polenblättern sondern in durchaus einwandfrei waschechten fakultatistischen oder liberalen Blättern, nach solchen Reisen Berichte gelesen, daß man den Herren Potemkinische Dörfer vorgemacht hat. Ich will zwar nicht behaupten, daß sich der Herr Kollege Sängler hat dupieren lassen, das wird wohl so leicht nicht sein. Immerhin veranlaßt mich eine Bemerkung, die Herr Abg. Sängler am Schlusse seiner Rede gemacht hat, zu konstatieren, daß wir auf dieser Seite dem durchaus widersprechen müssen, daß man deutsche Staatsbürger durch ein Gesetz entrechtet, wie das zu meinem Bedauern in Preußen gemacht worden ist. Die polnische Bevölkerung ist durch die Verfassung sowohl wie durch ein gegebenes Königswort . . .

Präsident Rohrhurst (unterbrechend): Ich sehe

nicht ein, was diese Dinge mit unserer Landwirtschaftsdebatte zu tun haben (Zustimmung links).

Abg. Frhr. von Menzingen (fortfahrend): Der Herr Kollege Sängler hat diese Frage angeregt, und ich bedauere, daß ich darauf erwidern muß (Abg. Sängler: Von rein landwirtschaftlichem Gesichtspunkte habe ich es behandelt). Durch solche Sachen, wie sie da passiert sind, durch solche Gesetze wird nur die Sozialdemokratie befriedigt — und damit bin ich bei dem Herrn Kollegen Breitenfeld angekommen. (Weiterkeit). Der Herr Kollege Breitenfeld hat davon gesprochen, daß die Bauern „rückständig“ seien, daß die Landwirtschaft in Dänemark musterhaft sei, daß die Hochschutzzollpolitik nichts taue und daß alles Heil von den Sozialdemokraten komme. Diese sämtlichen Behauptungen hatte im vergangenen Jahre der Herr Kollege Kolb für seine Rede gewählt, und ich habe im vorigen Jahre schon die Ehre gehabt, dem verehrten Herrn Kollegen Kolb in einer ausführlichen Darlegung entgegenzutreten. Ich müßte also, um dem Herrn Kollegen Breitenfeld ebenso ausführlich zu antworten, dieselbe Rede heute wiederholen, die ich im vorigen Jahre gehalten habe. (Abg. Kolb: Wird nicht verlangt!) Ich tue das selbstverständlich nicht.

Was die Rückständigkeit der Bauern angeht, so hat mein Freund Morgenthaler schon das Geeignete bemerkt. Ich will nur noch hinzufügen, daß, wenn der Herr Kollege Breitenfeld an Dampfplüge gedacht haben sollte, eine Anwendung dieser Maschinen in einem kleinen Betriebe völlig ausgeschlossen ist, namentlich dann, wenn die einzelnen Stüde dieses kleinen Betriebes in der ganzen Gemarkung zerstreut liegen. „Rückständig“ könnte ich die Bauern nur dann heißen, wenn sie einem sozialdemokratischen Milchhändler, der seine Milch aus der Schweiz bezieht, ihre Stimme gegeben haben sollten (Zuruf bei den Sozialdemokraten). Welch Geschrei ertönt in Ihrem Blätterwald und welche Töne aus Ihren Reden, wenn einmal ein Arbeitgeber Arbeiter von auswärts, aus Italien oder aus Böhmen zu beziehen gezwungen ist, um die hohen Löhne der Heimat auszugleichen, wie schimpfen Sie da über Lohnrückerei. Welch ein Unterschied ist es denn, wenn der Herr Kollege Breitenfeld und die anderen Milchhändler in jener Gegend die Milchpreise in Baden dadurch drücken, daß sie aus dem Berner Oberland oder sonst aus der Schweiz . . . (Präsident Rohrhurst ersucht den Redner, die persönlichen oder geschäftlichen Beziehungen eines Abgeordneten nicht zum Gegenstand der Diskussion zu machen).

Ich bin genötigt, auf die Milchfrage einzugehen, die der Herr Kollege Breitenfeld so ausführlich behandelt hat (Abg. Schwall: Breitenfeld gibt keine Milch! Weiterkeit). Der Herr Kollege hat mitgeteilt, welchen Preis er für seine Milch bezahlt, und da wurde ich an eine Ausführung erinnert, die ich im vorletzten Landtag gemacht habe, wo ich ausrechnete, wie hoch der Getreidepreis für einen Liter Milch kommt. Ich habe f. Bt. diese Rechnung zusammengestellt mit Hilfe von großen und kleinen Produzenten, und da sind wir darauf gekommen, daß der Liter Milch unter 17 Pfennig nicht hergestellt werden kann loco Produktionsplatz. An diese Ausführungen hat sich dann in der Fachpresse eine Diskussion angeknüpft, und die meisten Sachverständigen haben in der Presse auch meine Ausführungen, die Auf-

stellung meiner Rechnung gebilligt. Nur in Hessen ist einer aufgestanden, der gesagt hat, daß man es wohl noch etwas billiger machen könnte. Nun unterliegt es ja keinem Zweifel, daß es in einer Wirtschaft, die nicht ausschließlich auf die Milchproduktion angewiesen ist, nicht so sehr wichtig ist, daß der Produktionspreis wirklich gedeckt wird, da die Milch bekanntlich auch deswegen verkauft wird, um die Kosten für die Zugkraft und für die Düngerbereitung herabzusetzen. Es ist auch kein so großes Glück — ich sage das dem Herrn Kollegen Breitenfeld gegenüber deswegen, weil er gemeint hat, die Marktgräfer wären auch rückständig, weil sie nicht Milch liefern —, wenn die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung sich zu sehr auf die Milchwirtschaft wirt, denn mit der Milchwirtschaft läßt sich die Zucht nicht vereinigen, und daß peinlichste und schmerzlichste von allem dabei ist, daß dabei auch die Volksernährung zurückgeht (Sehr richtig!).

Der Herr Kollege Breitenfeld hat dann auch gesagt, daß die Marktgräfer hinsichtlich der Milchproduktion nicht leistungsfähig seien, weil sie unter der *Politik* zu leiden hätten. Er hat da auf die Kraftfuttermittel hingewiesen. Nun darf ich wohl annehmen, daß dem Herrn Kollegen bekannt ist, daß die meisten Kraftfuttermittel in Deutschland zollfrei eingeführt werden. Wenn er geglaubt hat, daß sie auf indirektem Wege durch die Getreidezölle verteuert werden, so will ich ihm erwidern, daß in der Schweiz die Kraftfuttermittel teilweise einem hohen Zoll unterliegen. Allerdings sind Arie, Ölfuchsen, Ölmehl, Malzkeime usw. wie in Deutschland zollfrei; dagegen zahlt Viehmastpulver 10 Franken für 100 Kilogramm, Weizen, Roggen, Hafer, Gerste zahlen 30 Centimes für 100 Kilogramm, Mehl von Reis 2.50 Franken, Mehl von Getreide, Mais oder Hülsenfrüchten 2 Franken.

Ich möchte nun einmal die Frage an die Herren von der Sozialdemokratie richten, wie es denn kommt, daß in Frankreich, wo ihre Parteifreunde am Ruder sind, die Zollschuttpolitik noch nicht verlassen worden ist, warum man in Frankreich den Zollschutz noch nicht abgeschafft hat? Ich habe hier vor mir den französischen Zolltarif liegen; ich bin erbötig, Ihnen denselben zur Verfügung zu stellen, wenn Sie sich dafür interessieren. Sie werden dann sehen, daß in Frankreich eine ganz andere Schutzmauer um die Landwirtschaft und um die Produktion überhaupt gezogen ist (Abg. Bechtold: Brot und Fleisch sind billiger in Frankreich!). Ich frage die Herren, warum ihre Parteifreunde in Frankreich noch nicht dazu übergegangen sind, das Zollschuttsystem dort zu brechen und zum Freihandel überzugehen? Die Antwort wird die sein, daß man Theorien aufbauen kann höher als Kartenhäuser, daß aber die Macht der Tatsachen diese Kartenhäuser alle umweht.

Wenn die Sozialdemokratie von der Landwirtschaft spricht, ergreift sie den Wanderstab und geht nach Dänemark. Das hat der Herr Kollege Kolb schon getan, das hat Herr Breitenfeld am Dienstag wiederholt. Ich habe mir schon oft Gedanken darüber gemacht, warum die Herren gerade Dänemark auswählen, wenn sie ein Land suchen, das man mit Baden vergleichen kann, aber ich habe dafür eine eigentliche Lösung noch nicht gefunden. Wenn Sie die Landkarte in die Hand nehmen, dann werden Sie sehen, daß Dänemark aus einer Halbinsel und aus Inseln besteht. Die Halbinsel Jütland ist an drei Seiten von der See umspült; Seeland, Fünen, Alsen und

wie die Inseln alle heißen, sind eben Inseln und liegen im Ozean. Daraus geht hervor, daß da eine unbegrenzte Exportmöglichkeit vorhanden ist. Weiter ist Dänemark ein Marschland und hat gar keine Industrie. Wenn Sie damit das Großherzogtum Baden nach der Landkarte vergleichen, so wird Ihnen schon auffallen, daß hier das Rheintal einerseits und die Berge andererseits, der Schwarzwald und der Odenwald, dann die Saar denn doch ein ganz anderes Bild ergeben, und ebenso wird Ihnen die Vielgestaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsform auffallen müssen: Wein, Handelsgewächse, Tabak usw., Viehzucht, Getreidebau und all die verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsarten, die wir hier im Lande haben. Außerdem dürfen Sie nicht übersehen, daß in Baden neben der Landwirtschaft eine große Industrie vorhanden ist. Wenn also in Dänemark die staatlichen Mittel alle der Landwirtschaft zuzuführen, und dadurch großes geleistet werden kann, so ist das in Baden nicht in derselben Weise möglich, weil eben das Gewerbe auch noch einen Teil der staatlichen Subventionsmittel absorbiert. Deswegen muß man sagen, ist es schwer verständlich, wie man immer wieder auf Dänemark kommen kann, um es mit Baden in landwirtschaftlicher Beziehung zu vergleichen.

Der Schluß der Rede des Herrn Breitenfeld hat in einem begeisterten Lob der Fürsorge der Sozialdemokratie für die Landwirtschaft und für den Bauernstand ausgeklungen. Das haben wir auch schon einmal im vergangenen Landtag erörtert, und es ist da den Herren von der sozialdemokratischen Partei entgegengehalten worden, was unser Kollege Geck in Breslau gesagt hat, und was sonst auf den Parteitag der Sozialdemokratie über den Bauernstand gesprochen worden ist. Die Sozialdemokratie ist erstaunt darüber, daß der kleine Bauernstand noch auf seinen Füßen steht, daß er noch nicht zugrunde gegangen ist. Kautsky spricht sich in seinem „Erfurter Programm“ auf Seite XI des Vorworts darüber aus, und ich will einige Sätze mit der gütigen Erlaubnis des Herrn Präsidenten hier vorlesen: „Nur in einem Punkte mußte ich das in den früheren Auflagen gelagte etwas einschränken: in den Erwartungen über den Niedergang des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft. Die Auflösung des bäuerlichen Kleinbetriebs vollzieht sich in den letzten zwei Jahrzehnten nicht so rasch wie ehemals, stellenweise gewinnt es sogar an Boden. Das lag 1892 noch nicht so klar zutage.“

Und als Beweis für die Liebe der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft wurde mir gestern ein kleiner Zeitungsausschnitt überreicht. Dieser lautet: „Auf dem 12. Parteitag der Sozialdemokratie Pommerns, der soeben in Köslin stattgefunden hat, sprach der Genosse Horn über das Thema „Londarbeiter und Klassenkampf“ und sagte u. a. wörtlich: Die Londarbeiter sind zu viel zufrieden, wir müssen sie unzufriedener machen, als sie es bisher waren, wir müssen sie aufheben gegen Verhältnisse, die als menschenwürdig nicht zu bezeichnen sind.“ (Abg. Schwahl: Das stimmt für Pommern! Der Präsident bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ergebnisse in Pommern nachher mitteilen wollten (Geisterkeit).

Wenn man die Worte des Herrn Abg. Breitenfeld zusammenhält mit dem, was sonst in der Partei der Sozialdemokratie gesagt wird und was die Theorien der Sozialdemokraten sind, dann steht die Liebe der Sozial-

demokratie zum Bauernstand in einem ganz andern Lichte da (Beifall im Zentrum).

Abg. **Wachtold** (Soz.): Ich hatte mir vorgenommen, mich kurz zu fassen (Seiterkeit), aber nach dem, was gestern und heute gesagt wurde, muß ich doch etwas weiter ausholen.

Der Kollege **Müller** hat am Schlusse seiner gestrigen Rede wieder einmal geglaubt, unsere Bauernfreundlichkeit anzweifeln zu sollen. Das war, wie ich meine beplaziert. Ich will darauf nur kurz erwidern: Wenn die Nationalliberalen die freundliche Gesinnung der Arbeiter soweit gewinnen könnten, wie wir durch unsere ehrliche Tätigkeit die Bauern für uns gewinnen, und wenn sie es mit den Arbeitern ebenso ehrlich meinen wie wir mit den Bauern, dann bin ich zufrieden und die Sache wäre ausgeglichen.

Der Kollege **Ziegelmaier** und auch der Kollege **v. Gleichenstein** haben, ich glaube zum erstenmal hier im badischen Landtag, den Hopfenbau erörtert. Es ist richtig, daß der Hopfenbau bei uns kolossal zurückgegangen ist. Aber ob all das, was zur Förderung und Hebung des Hopfenbaues in Baden vorgeschlagen worden ist, etwas nützt, möchte ich bezweifeln. Der Kollege **Ziegelmaier** meint, die Großh. Regierung solle hier Hilfe bringen. Ich bin der Meinung, daß auch die Großh. Regierung dem badischen Hopfenbau nicht mehr helfen kann. Dieses Produkt ist zu einer Zeit, als die Verkehrsmittel noch nicht in so ausgebreitetem Maße wie heute vorhanden waren, bei uns in Baden in Betracht gekommen. Es haben sich auch in der Zwischenzeit immer mehr und mehr Krankheiten an den Hopfen ausgebildet, und zwar meiner Ansicht nach deshalb, weil bei uns die Luft sich durch die industriellen Etablissements verschlechtert hat. Schließlich haben sich die Verhältnisse auch durch den Fortschritt der Technik auf dem Gebiet der Konservierung und dergleichen gegen früher geändert. Infolgedessen hat unser Hopfenbau seine frühere Bedeutung nicht mehr behaupten können.

Früher war der Hopfenbau sozusagen beschränkt auf einzelne Länderstriche. Es ist früher Hopfenbau getrieben worden in Baden, hauptsächlich in Unter- und Mittelbaden, Bayern, Württemberg, Österreich und Elßaß-Lothringen. Neuerdings aber machen wir die Wahrnehmung, daß die ganze Welt Hopfen baut, insbesondere auch Amerika, England, Rußland und Australien; es gibt kein Fleckchen Land auf der Welt, wo heute der Hopfenbau nicht eine Rolle spielt. Der Hopfen hat eben die Eigenschaft, daß er in jedem Boden gerät, in Lehm, Kies und Sand, im Gebirge, im Tal und in der Ebene. Früher, solange der Hopfen in Säcken konserviert wurde, war er zur Zeit der neuen Hopfenernte nicht mehr gut. Der alte Hopfen ist dann als minderwertig behandelt worden, während durch das heutige Konservierungsverfahren der Hopfen längere Jahre hindurch gut erhalten und vom Brauer noch nach Jahren gebraucht werden kann. Durch die Besteuerung des Bieres und durch die Zollpolitik — ich muß das Wort „Zollpolitik“ auch hier zur Anwendung bringen — ist der Brauer gezwungen, immer weniger Hopfen und Malz ins Bier zu nehmen. Daß dadurch erhebliche Einbußen bei unsern badischen Landwirten zu verzeichnen sind, ist selbstverständlich. Die Bodenpreise

sind bei uns derartig hoch, daß wir auch in den Hopfenbauenden Gegenden, die sich heute noch einigermaßen über Wasser halten können, auf die Dauer nicht konkurrenzfähig sind. Der Herr Kollege von Gleichenstein hat als Bodenpreis 2000 M. pro Morgen angegeben. Wenn der Bodenpreis in einzelnen Gegenden diese Höhe auch nicht erreicht, so ist der Bau doch, wie der Herr Kollege von Gleichenstein schon mitgeteilt hat, ein sehr komplizierter und infolgedessen nicht mehr rentabel. In meiner Heimatgemeinde, im Kreise Schwetzingen, habe ich — ich war selbst 15 Jahre im Hopfenbau tätig — die Erfahrung gemacht, daß an all den Orten, wo seit 15 und 20 Jahren noch ziemlich Hopfenbau getrieben worden ist, in der ganzen Zeit eigentlich nur 2 Jahrgänge zu konstatieren sind, in denen der badische Hopfen einigermaßen gesund geblieben ist. Der badische Hopfen hat, wenn er gesund bleibt, hervorragende Eigenschaften, sodaß er wohl in der Lage ist, mit den Produkten zu rivalisieren, die im Ausland wachsen. Die Händler bringen unsere Hopfen vermischt mit den edlen Hopfen auf den Markt. Da aber unser Hopfen in 5 Jahren drei- und viermal krank ist — er bekommt, wenn es regnet, die Ruhrkrankheit, wenn es trocken ist, den Kupferbrand —, ist es meiner Ansicht nach in Baden vergebens, wenn man den Hopfenbau wieder zur alten Blüte bringen will, obwohl es sehr bedauerlich ist, daß die Leute ganz erhebliche Ausfälle in ihrem Einkommen und ihrer weiteren Existenz zu gewärtigen haben. Aber wir müssen die Verhältnisse nehmen, wie sie liegen. So haben eben die kleinen und mittleren Landwirte, die früher bei uns Hopfen angebaut haben, diesen wieder herausgehauen und statt seiner Futter und Klee angepflanzt. Sie ziehen jetzt ein Stück Vieh mehr groß und bringen sich auf diese Weise durch.

Gerade mit Rücksicht hierauf ist es meiner Ansicht nach erforderlich, daß die jungen Landwirte in der Schule darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn die Verhältnisse derartig gelagert sind, daß ein Produkt, besonders wenn es ein Handelsgewächs ist, nicht mehr rentiert, man zu etwas anderem übergehen muß. Da ist die Schule und wieder die Schule auch für den Landwirt die Hauptbedingung. Wir haben wohl die Kreiswinterschulen und es ist hier mit Recht hervorgehoben worden, daß diese erweitert und vermehrt werden sollen. Ich bin aber nicht damit einverstanden, daß man sie zu einer Mittelschule ausbaut, um den Landwirten mehr Kenntnisse beizubringen. Wenn die jungen Leute mehr lernen sollen, nur damit sie mehr Achtung genießen, wenn sie deshalb gehoben werden sollen, wenn sie das Reifezeugnis zum Einjährigen dort erringen sollen, so wäre das nach meiner Ansicht für den kleinen Landwirt sowohl wie für die Landwirtschaft nicht von Vorteil (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich meine, mit diesen Dingen sollten wir einmal bei uns aufräumen, wir haben Einjährig-Freiwillige in Deutschland gerade genug, jetzt soll es in Zukunft wohl noch solche Freiwillige geben, die hinter dem Pflug hergehen, und, wenn das so weiter geht, dann sitzt der Reserveleutnant noch als kleiner Handwerker auf dem Schusterstuhl oder er steht als Bäcker am Badtrog. Ich glaube also, man sollte in der Ausgestaltung der Schule nicht zu weit gehen, obwohl ich andererseits der Meinung bin, daß eine gute Schulbildung für den kleinen und mittleren Landwirt von großem Vorteil ist. Ob die heutige Übung für die Interessen der Landwirtschaft

die richtige ist, das kann man ja dahingestellt sein lassen, jedenfalls bin ich der Meinung, daß die theoretische Vorbildung im Anschluß an die Volksschule auf die jungen Leute nicht derartig befruchtend wirkt, wie wenn mehr Praxis vorausginge. Ich glaube, wenn man die jungen Leute vielleicht im Alter von 17 oder 18 Jahren und erst nach vorausgegangener praktischer Einführung in die Landwirtschaft in die Winterschule schicken würde, daß das für ihr späteres Leben und für ihre praktische Betätigung in der Landwirtschaft von größerem Vorteil wäre, als wenn sie als junge Menschen ohne praktische Kenntnisse in die Schule hineinkommen, wo ihnen dann das nötige Verständnis noch fehlt. Wohl ist richtig, daß der Landwirt seinen Jungen bis zu einem gewissen Alter in der Landwirtschaft braucht, aber da kommt doch in Betracht, daß der Unterricht in den Kreiswinterschulen hauptsächlich in die Wintermonate fällt, wo es dem Landwirt besser als in der Saat- und Erntezeit möglich ist, den Sohn auf ein paar Wochen oder ein paar Monate während der Tageszeit entbehren zu können. Wenn sich das aber nicht durchführen läßt, dann ist es mir natürlich auch lieber, wenn der Junge im Alter von 14 Jahren in die Schule hineinkommt, als überhaupt nicht.

Die Pferdezuucht hat bei uns in Baden erfreulicherweise Fortschritte gezeitigt, aber ich möchte der Großh. Regierung anheimgeben, ob man nicht der Galbblutzucht — es ist das meine Liebhaberei — mehr Beachtung schenken will (Sehr richtig! links). Unsere schönen Galbblüter, die Mecklenburger und Oldenburger, werden oft verkreuzt mit gleichartigen Pferden aus der Normandie, und da glaube ich, es würde für unsere Pferdezuucht nur von Vorteil sein, wenn man diesen Pferdebesitzer ziehen würde, der auf allen Gebieten so leistungsfähig ist, diese schönen Tiere, die vor dem Wagen, auf dem Acker, als Zugpferd, als Reitpferd und als Chaisenfeder zu gebrauchen sind, die nach meinen Erfahrungen sich nach jeder Richtung hin gleich gut verwenden lassen.

Dann gibt mir noch die Rindviehzucht zu einigen kritischen Bemerkungen Veranlassung. Die Rindviehzucht wird von unserer Regierung mit Staatsmitteln unterstützt, es werden jährlich 80 000 Mark zur Förderung dieser Zucht ausgegeben, und es liegt das auch sehr im Interesse der Allgemeinheit, denn es wird dadurch dem Milchabsatz und dem Fleischabsatz Vorstoß geleistet. Wenn wir bedenken, daß im Reich für über zwei Milliarden Mark Milch jährlich konsumiert wird, so erkennen wir, daß das ein Faktor ist, der ganz gewaltig in Betracht kommt. Wenn wir weiter bedenken, daß dieser Konsum von Jahr zu Jahr wächst, daß der Fleischkonsum aber, wie statistisch nachgewiesen ist, auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre stehen geblieben ist, so müssen wir erkennen, daß das kein Fortschritt ist und daß man deshalb dazu übergehen und dafür sorgen muß, daß eine Verbilligung des Fleisches eintritt, daß der deutsche Arbeiter und auch der kleine und mittlere Handwerker, kleine Beamte und Bauer mehr Fleisch genießen kann. Hier eine Verbesserung herbeizuführen, das wäre wirklich eine patriotische Tat, das wäre für unsere Wehrkraft und für die Weiterentwicklung unseres Volkes von erheblichem Vorteil!

Während für die Förderung der Rindviehzucht, für

die Farenhaltung usw. recht respectable Summen ausgegeben werden, geht, wie ich gehört habe, eine ganz erhebliche Zahl von unserem schönsten Vieh ins Ausland. Amerika namentlich soll bei uns ziemlich viel Vieh und gerade die schönsten und besten Kalbinnen aufkaufen. Wir geben also hier Geld aus, um unseren Viehbestand in die Höhe zu bringen und die Viehzucht zu fördern, und dann kommen die Amerikaner und kaufen uns die schönsten Exemplare weg. Ich bin der Meinung, daß den Landwirten die guten Preise, die von den Amerikanern bezahlt werden, wohl zu gönnen sind, aber im Interesse unseres Landes wäre es doch besser, wenn dieses bei uns im Land gezüchtete Vieh und namentlich diese besonders wertvollen Tiere im Interesse der Weiterentwicklung unserer Zucht im Lande blieben. Die Amerikaner subventionieren die Aufkäufer dieses deutschen Viehes noch, sie geben ganz erhebliche Staatsunterstützungen, um der amerikanischen Zucht Vorteile zuzuführen. Auf der einen Seite geht also unser Vieh aus dem Lande heraus, und auf der andern Seite, wenn es sich um die Einfuhr von Fleisch handelt, dann werden die Grenzen abgesperrt. Ich bin der Meinung, daß, wenn die staatliche Förderung der Viehzucht den erhofften Erfolg erzielen soll, man zunächst Mittel und Wege finden muß, daß die mit dieser Unterstützung gezüchteten Tiere auch im Inlande bleiben.

Der Herr Kollege Müller hat vor zwei Jahren die Schweinezucht eingehend behandelt, und es ist damals konstatiert worden, daß die Schweinezucht bei uns in Baden ganz bedeutend zurückgegangen ist. Die Anzahl der Ferkel, die weniger auf den Markt gekommen sind, betrug damals 100 000. Ich bin der Meinung, daß heute der Ausfall ein noch größerer ist. Der Herr Kollege Reck hat ja schon die Gründe dafür angegeben. Auch er klagt darüber, daß die Futterpreise eine ungeahnte Höhe erreicht hätten. Es mag hier auch unsere Zucht eine verkehrte sein, und ich gebe diesem Umstand die meiste Schuld. Man geht hier zu weit, die Geschichte verknüpft sich mit der Zeit. Früher, als unsere langen Landrassen noch im Vordergrund standen, war es anders, da war es am Platz, daß man etwas frisches Blut dazwischen bekam. Man hat also die Yorkshire-Schweine eingeführt. Unsere Landrassen sind jetzt in Baden völlig verdrängt, unsere Schweine werden immer kürzer (Seiterkeit). J. B. in meiner Heimatsgegend wird kein Züchter gefürt, wenn er nicht aus der Zucht vom Langenzeller Hof kommt; damit fördert man doch die Inzucht, das ist nur ein Nachteil. Man klagt darüber, daß die Eber nicht mehr auf der Höhe seien wie früher, daß die Sprungfähigkeit mangelhaft sei und daß von 20 Mutterchweinen nur 97 Ferkel gezüchtet worden seien. Das ist entschieden nicht mehr rentabel. Seidenheim hat früher 7000 Ferkel auf den Markt gebracht, jetzt bringt es nur noch 5000 auf den Markt. Das ist ein Ausfall, der in Seidenheim meiner Berechnung nach 50 000 bis 60 000 M. jährlich ausmacht. Dagegen geschieht aber nichts. Ich bin der Meinung, daß hier den Gemeinden mehr Ellenbogenfreiheit gegeben werden sollte. In Wehrheim drüben in Hessen z. B. und auch in dem benachbarten Orte Heddesheim ist die Sache schon anders, dort sind die Landrassen noch im Vordergrund und dort kommen von der nämlichen Zahl Mutterchweine noch dreimal so viele Ferkel auf den Markt als bei uns. Also ein Grund für den Rückgang der Schweinezucht sind die Futterpreise und die verkehrte Zuchtwahl. Man ist hier meiner Ansicht nach

zu weit gegangen, man sollte wieder dafür sorgen, daß unsere badischen Landrassen mehr in den Vordergrund treten, dann würden bei der Schweinezucht jedenfalls bessere Resultate erzielt als bislang.

Was die Einfuhr der Futtergerste anbelangt, so hat man von allen Seiten schon vor 2 und 4 Jahren darauf hingewiesen, daß sehr viel von der Futtergerste für Brauzwecke verwendet werden würde, und man hat darauf gedrungen, Mittel zu suchen, um die Futtergerste zu denaturieren; nun hat man die Denaturierung mit Eosin vorgenommen, und die damit denaturierte Gerste soll tatsächlich sehr schädlich sein. Mir ist zu Ohren gekommen, daß das Vieh unter solcher Fütterung sehr not leide und schon oftmals Pferde und Schweine deshalb eingegangen seien. Ich weiß nicht, ob die Schweinefleisch in dem einen oder dem anderen Ort vielleicht auf die Fütterung mit Eosingerste zurückzuführen ist. In meinem Orte, in Edingen, merkt man gar nichts von Schweineabsterben, während in dem Orte Neckarhausen die Schweine massenhaft zugrunde gegangen sind. Ich weiß nicht, ob die Leute dort der Fütterung mit denaturierter Gerste mehr zugeneigt sind als bei uns, aber jedenfalls wird es am Plage sein, wenn die Großh. Regierung Mittel und Wege sucht, um diese unliebsame Benachteiligung der Bauern und den daraus erwachsenden Schaden zu beseitigen.

Der Obst- und Gemüsebau spielt bei uns eine ebenso große Rolle wie alles übrige auf dem Gebiete der Landwirtschaft, aber es wird auf diesem Gebiete viel gesündigt. Es wird bei unserem Obstbau viel zu viel auf Verfeinerung der Sorten gesehen, während man mehr unsere klimatischen Verhältnisse und unsere Bodenbeschaffenheit berücksichtigen sollte. Ich selbst habe jahrelang 6, 8 oder 10 Bäume gepflanzt, aber ich habe seit 25 Jahren keinen nennenswerten Erfolg erzielt; nichts als Pflanzen und Pflanzen, aber von Frucht ist keine Rede. Unsere guten alten Sorten, unseren Winterrabau, unseren Kohlpfappel und Würzpfappel sieht man nicht mehr. Warum immer nur die verfeinerten Sorten aus dem Süden? Wenn man die Wahrnehmung macht, daß Amerika allein für 10 bis 11 Millionen Mark Äpfel bei uns importiert und daß Frankreich, die Schweiz und Italien darin jedenfalls nicht nachstehen, dann meine ich, ist der Obstbau ein Gebiet, das für die Landwirtschaft von so weitgehender Bedeutung ist, daß man hier etwas außergewöhnliches leisten sollte, um bei uns endlich einmal den Obstbau so weit zu bringen, daß unser Markt mit deutschem Obst einigermaßen gedeckt werden könnte.

Der Gemüsebau ist bei uns gewiß im Wachsen begriffen. Die Vororte der Industriestädte und der Großstädte sind jetzt wohl zum Gemüsebau übergegangen, und die Großstädte haben ein großes Interesse daran, daß ihr Markt mit Gemüse versorgt wird. Es werden von ihrer Seite alle Anstrengungen gemacht, um die Orte, in denen die Landwirtschaft noch vorherrschend ist oder mit vorherrschend ist, für den Gemüsebau zu interessieren. Jetzt sind wir meines Erachtens in ein Stadium gerückt, wo die Frage einmal aufgeworfen werden muß, ob hier nicht energischer vorgegangen werden soll als früher. Es hat früher an Wasser gefehlt; jetzt sind in einer großen Reihe von Gemeinden, hauptsächlich in den Gemeinden, die in nächster Nähe von Großstädten liegen, Wasserwerke erstellt worden. Dies geschah in einem Teil der Gemeinden besonders mit Rücksicht darauf, daß die

Landwirte gezwungen sein werden, mehr Gemüse zu bauen, weil der Hopfenbau zurückgeht und sie sich nach etwas anderem umsehen müssen. In meinem Heimatorte haben wir alle Gärten der Gemarkung, soweit das möglich war, mit Wasserleitungen durchzogen, um den Gartenbau und den Gemüsebau zu fördern. Ich glaube, daß die Großh. Regierung sich speziell um den Gemüsebau ein Verdienst erwerben könnte, wenn sie für Wasserleitungen vielleicht ein paar tausend Mark mehr zu dem Zwecke ausgeben würde, daß nicht nur der Ort selbst sondern auch wenigstens ein Teil der Feldgemarkung mit Wasser versorgt wird.

Der Getreidebau ist im Hause erwähnt worden, auch ich möchte einige Worte dazu sagen. Bei uns in der Pfalz wird lediglich Gerste gebaut. Unsere Pfälzer Gerste hat immer einen guten Ruf in unserem engeren Vaterlande. Es ist erfreulich, daß die Großh. Regierung ihrerseits alles dazu beiträgt, um in den Saatgutanstalten gutes Saatkorn zu züchten, aber ich befürchte, daß, wenn man auch einerseits durch die staatliche Hilfe und andererseits durch das Bestreben jedes Einzelnen hier fördernd wirkt, auf der anderen Seite der Vorteil durch die gesetzgeberischen Maßnahmen wieder annulliert wird. Jetzt haben wir z. B. wieder die Biersteuer bekommen. Jedenfalls werden die Brauer mit Rücksicht darauf die Gerstenbauern erinnern, sie könnten die bisherigen Preise nicht mehr bezahlen. Man weiß ja, wie die Sache gemacht wird. Ich will hier nicht sagen, daß die Brauer recht wohl in der Lage seien, den alten Gerstenpreis weiter zu zahlen, aber jedenfalls wird so etwas im Gange sein wie immer, und wahrlich, den Nachteil haben immer die mittleren und die kleinen Landwirte, die von all der Schutzpolitik den Vorteil nicht haben wie die großen. Ich will nicht bestreiten, daß die Kleinen auf der einen Seite kleine Vorteile haben, aber auf der anderen Seite wird ihnen mehr abgenommen, als der Vorteil ausmacht. Sie sind gezwungen, alles früher auf den Markt zu bringen, es langt jahraus jahrein an allen Ecken und Enden nicht, die Bodenrente ist ganz erheblich in die Höhe gesteigert. Ich weiß, daß vor zehn Jahren noch bei uns der Morgen um 55 M. im Höchstpreise abgegeben worden ist, und jetzt kostet er 72 M. Der Kleinere und mittlere Bauer ist kein Grundeigentümer mehr, er muß sich jetzt lediglich durch die Bewirtschaftung von Pachtgütern ernähren. Wenn man heute einen Vergleich zieht zwischen dem Kleinbauern und dem Arbeiter, so hat vielleicht der Kleinbauer alle Ursache, den Arbeiter zu beneiden. Wir sind — ob uns das von der einen oder der anderen Seite bestritten wird, ist uns ganz gleich — der Meinung und haben die ehrliche Absicht, daß hier geholfen werden soll und muß.

Ich will auf die Wirkung der Schutzpolitik nicht weiter eingehen. Jedenfalls hat der Kleinbauer darunter ebenso zu leiden wie der Arbeiter. Die Kleineren und mittleren Landwirte müssen ihre Lebensmittel ebenso teuer bezahlen wie diese, so daß der kleine Vorteil, den sie auf der einen Seite haben, doppelt und dreifach auf der anderen Seite wieder verloren geht.

Der Herr Kollege Neef hat sich eingehend über den Tabakbau hier verbreitet. Ich als Pfälzer möchte auch einige Worte dazu verlieren. Ich will dahingestellt sein lassen, inwiefern der Herr Kollege Neef einen Einblick in die Verhältnisse hat, ob er wohl für unseren inländischen Tabak Verständnis hat. Er hat uns gestern

von der Behandlung des überseeischen Tabaks ein falsches Bild gegeben; ich will das durchaus nicht schwer anrechnen, ich will deshalb auch nicht widersprechen, aber ich bin der Meinung, daß im Interesse unseres einheimischen Tabakbaues keine falschen Anschauungen unterlaufen sollten. Ich bin gewiß damit einverstanden, wenn die Großh. Regierung die Saatzuchtanstalt auch für Tabak samen errichtet hat und dessen Auslese weiter verfolgt, wodurch dem Tabakbau nur erhebliche Vorteile gebracht werden können. Es wird so auch wohl erreicht werden, daß durchweg eine einheitliche Sorte angebaut wird. Wenn dann die Landwirte auch dafür sorgen, daß eine einheitliche Behandlung des Tabaks Platz greift, ist es wohl möglich, daß der Tabak in seiner Qualität verbessert wird, ohne in seiner Quantität beeinträchtigt zu werden. Ich will den 1909er Tabak gar nicht berühren. Diese Qualität ist lediglich durch die natürlichen Erscheinungen hervorgerufen worden. Die Pflanze ist das ganze Jahr im Wasser gewachsen, dabei ist das Blatt sehr zart geworden, die Rippen sind fein geblieben, und so war man hier in der Lage, das Produkt, da seine Nationalität nicht nachgewiesen werden konnte, gemischt mit „überseeischen“ Tabak besser zur Fabrikation zu verwenden.

Der Prämierung des Tabakbaues sind die Landwirte abgeneigt. Vor zwei Jahren war auch ich der Meinung, man werde durch diese Einrichtung vielleicht einen Anstoß zum Vorteil des Tabakbaues geben; aber die Leute winken mit beiden Händen ab; sie sagen, die Prämierungen brächten nichts ein, weder beim Rindvieh noch beim Tabak; sie meinen, es werde zuviel auf die Personen gesehen, sie sagen, der Mann und nicht das Produkt werde prämiert; sie meinen, es sei hier etwas im Gange, was sich mit den Interessen der Allgemeinheit nicht vereinbaren lasse. Ich will nicht untersuchen, inwieweit das richtig ist; aber jedenfalls haben die Leute begründete Ursache zu ihrer Stellungnahme.

Nun noch einige Worte zur Landwirtschaftlichen Organisation. Der Herr Kollege Frhr. von Menzingen u. auch der Herr Kollege Müller-Geilgkreuz haben geglaubt, meinem Freund Breitenfeld etwas am Zeug flicken zu müssen, weil er sich den Anspruch erlaubt hat, bei uns sei die Betriebsform der Landwirtschaft etwas rückständig. Wenn wir sagen, die Landwirtschaft sei ganz und gar rückständig, so kann dies nicht in dem Sinne gemeint sein, als ob wir den Landwirten den Vorwurf machen wollten, sie seien zu konservativ. Wir anerkennen recht gerne, daß bei uns die Landwirte bis jetzt Erhebliches geleistet haben und daß sie bestrebt sind, auf landwirtschaftlichem Gebiete in fortschrittlichem Sinne mitzuwirken, daß sie bestrebt sind, in ihrer Organisation im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse ihres Berufes soviel zu tun, wie möglich ist. Wenn hier von Dänemark die Rede ist, dann soll dieses nur als Beispiel dafür dienen, was alles gemacht werden kann. Ich gebe recht gerne zu, daß bei uns die Verhältnisse in geographischer und klimatischer Hinsicht etwas anders gelagert sind als dort und daß bei uns die Entwicklung der gleichen Organisation vielleicht ein etwas anderes Bild zeigen würde als in Dänemark. Aber der Hinweis auf Dänemark dient uns als Beweis, daß durch die Organisation überhaupt wesentliche Vorteile im Interesse der Allgemeinheit erzielt werden können. Wir wollen damit sagen: Wenn die großen Organisationen auf dem Gebiete der Produktion sich mit denjenigen auf dem Ge-

biete des Konsums vereinigen wollten, dann würde dadurch vielleicht noch manches zum Nutzen der Landwirte und ebenso manches zum Nutzen der Konsumenten erreicht werden können (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn man die gewaltigen Organisationsgebilde in Dänemark betrachtet und dabei sieht, wie dort die landwirtschaftlichen Organisationen eigene Schlächtereien, eigene Bäckereien, eigene Müllereien und eigene Molkereien besitzen, dann muß es einem dämmern, wieviel bei uns noch gemacht werden könnte. Was dort erreicht worden ist, auch bei uns zu erreichen, müßte ein leichtes sein, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen zusammenstehen, sich mit den anderen großen Organisationen auf neutralem Boden betätigen würden, mit diesen zusammenarbeiten und sich dadurch neue Absatzgebiete verschaffen würden. Ich will hier nur ein Beispiel erzählen, das ich selbst miterlebt habe. Ich habe mitangesehen, daß ein kleiner Landwirt 2 Zentner Zwetschgen auf den Markt gebracht hat. Diese hat ihm ein Zwischenhändler abgenommen und ihm 6 Pf. für das Pfund gegeben. Der Händler hat sie dann 50 Meter weit entfernt auf den Markt gestellt und sie zu 12 Pf. angeboten. Ich bin der Meinung, wenn die kleinen Landwirte und zwar mit Hilfe der Organisation den Konsumenten gegenüber schon gemeinsame Sache gemacht haben würden, dann hätte der Landwirt vielleicht 8 oder 9 Pf. für das Pfund erhalten und der Konsument wäre andererseits in der angenehmen Lage gewesen, um 3 Pf. billiger einzukaufen zu können.

Im Hinblick auf derartige Dinge muß man es begreifen, wenn wir die Verhältnisse eines anderen Landes wie Dänemark zum Vergleich heranziehen, wir tun das nicht lediglich aus dem Grund, um unseren Landwirten etwas auszuwickeln. Es kann hier mit Recht betont werden, daß wir hier immer im Interesse der Landwirtschaft ehrlich und gut alles das befürwortet haben, was im Moment zu befürworten war, und wenn wir bei Besserung der Verhältnisse später in die angenehme Lage kommen sollten, noch mehr leisten zu können, dann werden wir recht gerne die Hand dazu bieten. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß die erste Hauptbedingung für den Landwirt eine gute Schule ist, dann eine gute Verkehrspolitik, die Tarifermäßigung inbegriffen, und ein staatliches Versicherungswesen.

Selbstverständlich aber darf das staatliche Versicherungswesen nicht so funktionieren wie das Gebäudeversicherungswesen hier in Baden. In Edingen sind 1894 oder 95 ein paar Scheunen abgebrannt. Die Geschädigten haben die Scheunen wieder aufgebaut, haben aber tatsächlich 8, 9 Monate warten müssen, bis sie ihr Geld ausbezahlt bekommen haben. 1908 ist wieder ein Brandunglück in Edingen zu verzeichnen gewesen, wobei 3 bis 4 kleine Scheunen abgebrannt sind. Die Leute haben heute noch nicht ihr Geld; sie werden von den kleinen Handwerkern gedrängt, die ihr Geld brauchen, und so sind die kleinen Bauern dann gezwungen, Geld für hohe Zinsen aufzunehmen. Wenn man schon helfen will, so ist es von größter Wichtigkeit, daß man den Leuten, deren Anwesen abgebrannt sind, so schnell wie möglich ihre Versicherungssumme auszahlt; was die Privatgesellschaften fertig bringen, muß dem Staat doch erst recht möglich sein. Wenn die Leute nach Monaten noch nicht im Besitze ihres Geldes sind, dann ist das doch zu weit gegangen.

Ich bitte die Großh. Regierung, hier Wandel schaffen zu wollen.

Damit glaube ich, meine Rede beendigen zu können. Ich bin der Meinung, daß wir uns nicht daran zu kehren brauchen, ob unsere Bauernfreundlichkeit angezweifelt wird oder nicht, daß wir guten Muts in die Zukunft schauen können. Wir sind ehrlich gewillt, alles Gute anzunehmen und zu achten. Wir achten und ehren jede Überzeugung, mag sie auf einem Gebiete liegen, wo sie will. Wir glauben auch, daß wir im Interesse der Landwirtschaft unsere Pflicht und Schuldigkeit bis jetzt erfüllt haben, und so werden wir es auch in Zukunft halten. Ob dann der eine oder andere eine entgegengesetzte Meinung von uns bekommt oder nicht, das läßt uns kalt und kann uns nicht irre machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmund (Zentr.): Das Halten längerer Reden zur Frage der Landwirtschaft will ich den sachverständigen Herren des Hohen Hauses überlassen. Man würde es aber in meinem Wahlkreise nicht verstehen, wenn ich zu dem von uns gestellten Antrage wegen Beseitigung des Anbauverbots in bezug auf die Taylorrebe nicht ebenfalls Stellung nehmen würde, zumal bekanntlich im Bühler Bezirk die ersten Verurteilungen wegen Übertretung des Gesetzes erfolgt sind.

Die Rebbaupern der Bühler Gegend haben schon in früheren Jahren die Amerikanerrebe angepflanzt, und sie sind teilweise zur Anpflanzung dieser Rebe durch einen Aufsatz veranlaßt worden, der im landwirtschaftlichen Kalender des Jahres 1906 erschienen ist, in dem die Vorzüge dieser Rebe in allen Tonarten geschildert waren. Die Leute haben sich allerdings auch später noch verleiten lassen, Amerikanerreben anzupflanzen, und sind hierfür bestraft worden. So hat im Laufe der Zeit die Anpflanzung der Amerikanerrebe einen solchen Umfang angenommen, daß in manchen Gemeinden bis zu einem Viertel sämtlichen Geländes mit der Taylorrebe bepflanzt ist. Mir ist wenigstens von einer Gemeinde gesagt worden, daß von 80 Hektar Rebfläche ungefähr 20 Hektar mit Amerikanerreben, der Taylorrebe, angepflanzt seien. Die Leute waren, wie schon wiederholt im Hohen Hause ausgeführt worden ist, geradezu gezwungen, zur Anpflanzung der Amerikanerrebe überzugehen, denn die einheimische Rebe ist nicht mehr gediehen, ein Nachwuchs war nicht mehr möglich; die jungen Sämlinge sind wohl gewachsen, allein sobald sie eine gewisse Höhe erreicht hatten, sind sie zum großen Teil wie die anderen älteren Reben dahingestorben. Es blieben den Leuten nur zwei Möglichkeiten, entweder mußten sie, was sie zum Teil auch getan haben, die Reben herausbauen und zu einer andern Kultur übergehen, oder sie mußten die Taylorrebe anpflanzen. Diejenigen Rebbaupern, die letzteren Weg beschritten hatten und zur Anpflanzung der Amerikanerrebe übergegangen waren, hatten den besseren Teil erwählt, denn die Ernte des letzten und auch der vorausgegangenen Jahre hat bewiesen, daß aus den amerikanischen Reben ein viel größerer Ertrag wie aus den einheimischen Reben erzielt wird. Man hat mir mitgeteilt, daß beispielsweise von 9 Ar einheimischer Reben nur ungefähr 100 M. für Wein erzielt worden sind, während auf einem mit der Taylorrebe beplanten Geländestück gleichen Umfangs 400 bis 450 M. erzielt worden sind. Also nahezu der

vierfache bis viereinhalbfache Betrag ist aus diesen amerikanischen Reben gelöst worden, und, was das auffallendste ist, fast die Hälfte des viele Tausende von Mark betragenden gesamten Erlöses der einzelnen Gemeinden wurde durch den Verkauf der Amerikanertrauben erzielt, die als Tafeltrauben auf den Markt gekommen sind. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß aus einem einzigen Weinstock mitunter ein ganzer Kibel schöner, gesunder Trauben geerntet wird. Diejenigen Rebbaupern, die die amerikanische Rebe nicht angepflanzt hatten, mußten nun mit einem gewissen Anflug von Neid sehen, wie ihre Nachbarn die schönen, von Gesundheit und Appetitlichkeit strotzenden amerikanischen Trauben auf großen Wagen nach der Bahn fuhren, um sie dort in bares Geld umzusetzen.

Aber nicht nur die Nachfrage nach Trauben war sehr groß, sondern auch die nach Wein. Man hat mir erzählt, daß in einer Gemeinde ein Weinändler ein größeres Quantum Wein der Taylorrebe gekauft hat, und er wäre bereit gewesen, eine noch größere Anzahl von Hektolitern zu kaufen, wenn er überhaupt dazu die Möglichkeit gehabt hätte. Wenn aber die Verhältnisse derart liegen, dann kann man (und darauf hinzuweisen, ist eigentlich der Hauptzweck meiner Ausführungen) sich nicht darauf beschränken, diese Reben nur zu dem Zweck der Vereitung eines Hausstrunkes anzupflanzen zu lassen, sondern man muß die Anpflanzung völlig frei geben. Die Rebbaupern in der Bühler Gegend haben früher auch die Ansicht vertreten und ursprünglich erklärt, sie wollten sich nur einen Hausstrunk aus den amerikanischen Reben bereiten. Allein jetzt, nachdem sie gesehen haben, daß der Wein einen so reizenden Absatz findet, daß sie die Trauben sogar als Tafeltrauben verkaufen können, jetzt sind sie anderer Meinung geworden. Ich glaube auch kaum, daß es möglich sein wird, irgend eine Grenze zu ziehen. Man kann dem Rebbaupern, der die Amerikanerrebe angepflanzt hat, doch nicht zumuten, wenn er beispielsweise einen reichen Ertrag hat, den Wein ausschließlich in seiner eigenen Haushaltung zu verbrauchen. Zwecks Herstellung eines Hausstrunkes allein kann man also schon aus den von mir angeführten wirtschaftlichen Gründen die Amerikanerrebe jedenfalls nicht anpflanzen. Der Herr Minister hat auch zu meiner großen Freude sich diese Ansicht zweier Vorredner nicht zu eigen gemacht, und ich nehme an, daß die Großh. Regierung den Standpunkt vertritt, wenn die Amerikanerrebe einmal vollständig freigegeben wird, daß sie nicht nur zur Vereitung des Hausstrunkes, sondern allgemein angepflanzt werden darf. Ich glaube auch nicht, daß die Taylorrebe eine große Gefahr für unsern Rebbaupern ist, denn sie existiert in manchen Gegenden schon seit Jahrzehnten, ohne daß bis jetzt die Reblaus dort entdeckt wurde. Einverstanden wäre ich damit (und derselben Ansicht hulldigen auch die Rebbaupern, die die amerikanische Rebe angepflanzt haben), daß man eine verschärfte Kontrolle für die Taylorrebe einführt. Nachdem die Großh. Regierung in anerkannter Weise ein entgegenkommendes Verhalten gezeigt und nachdem sie erklärt hat, daß sie Schritte getan habe, um eine Milderung des gegenwärtigen Rechtszustandes herbeizuführen, darf ich wohl hoffen und auch die Bitte aussprechen, daß sie in ihrem bisherigen wohlwollenden Verhalten weiterfahren und daß sie Vorsorge treffen wird, die bestehenden Gärten und Gemmenungen im Laufe der Zeit noch vollständig zu beseitigen. Des aufrichtigen Dankes der rebbaupernenden Bevölkerung kann sie jedenfalls versichert sein.

Nun wenige Worte zu einer Frage, die der Herr Abg. Neff angeschnitten hat, zu der Frage der Tabakabschätzung. Auch mir sind Klagen darüber zugegangen, daß die Landwirte sehr viel Scherereien damit hätten, und man hat mir nahe gelegt, hier die Frage zur Erörterung zu stellen, ob es nicht möglich wäre, die Tabakabschätzung ganz aufzuheben. Ich weiß nicht, ob die Einschätzung auf gesetzlicher Grundlage beruht oder ob sie im Wege der Verordnung eingeführt worden ist. Von sachverständiger Seite hat man mir aber meiner Ansicht nach mit Recht gesagt, es sei ganz ausgeschlossen, auf dem Feld den Tabak genau abzuschätzen. Es sind wohl zwei Gründe, die für die Abschätzung sprechen. Einerseits will man verhindern, daß der Landwirt den Tabak für seine eigenen Zwecke verwendet; andererseits will man jedenfalls verhindern, daß der Tabak verkauft wird, ohne daß er der Besteuerung unterliegt. Ich glaube kaum, daß heutzutage die Landwirte sich mit dem unfermentierten Tabak zufrieden geben, daß sie ihn verqualmen werden. Sie sind in dieser Beziehung auch etwas verwöhnt, und es ist ihnen lieber, wenn sie eine gute Zigarre rauchen können als eine schlechte. Wie man mir mitgeteilt hat — ich weiß nicht, ob die Angabe richtig ist — werden bei uns in Baden viele tausende von Mark ausgegeben als Diäten für die Kommissionsmitglieder, die den Tabak abschätzen. Da wäre auch ein Punkt, wo gespart werden könnte. Wenn diese Einrichtung wegfiel, würde der Staat nicht nur nichts verlieren, sondern noch eine ansehnliche Summe sparen und die Landwirte wären vor manchen Scherereien bewahrt (Beifall).

Abg. **Neuwirth** (natl.): Über Landwirtschaft ist schon so viel gesprochen worden, daß man, nach den Ausführungen, den Ratschlägen und besten Wünschen zu schließen, wirklich einen guten Jahrgang erhoffen kann. Wenn man der 15. Redner ist und von dem Grundsatz ausgeht, daß man nichts wiederholen will, so hat man wirklich einen schwierigen Standpunkt. Man ist sozusagen der Ahrenleser in dem großen Felde, wenn man noch auf einzelnes eingehen will, was noch nicht eingehend behandelt worden ist.

Der erste Teil des Berichts umfaßt das landwirtschaftliche Schulwesen. Darüber ist aber schon sehr viel gesprochen worden, namentlich unsere Winterschulen sind von verschiedenen Rednern schon eingehend behandelt worden. Man ist mit der Tätigkeit derselben im allgemeinen sehr zufrieden, doch eine Klage war dabei herauszufinden, daß sich die landwirtschaftlichen Winterschulen nicht in dem Maße einleben und einbürgern, wie sie sich eigentlich einbürgern sollten. Es ist sehr bedauerlich, daß wir viele Dörfer haben, aus denen vielleicht nur alle 6—8 Jahre einmal ein Schüler die Winterschule besucht. Mit dem Gedanken, der schon von verschiedenen Rednern hervorgehoben worden ist, daß man die landwirtschaftlichen Schulen den Mittelschulen anreihen soll, ist uns auch nicht gebient. Wir müssen in die Volksschichten hineingreifen, wir müssen hinuntersteigen in die kleinen Betriebe und dem kleinen Landwirt den Weg öffnen, daß er sich die nötige Bildung verschaffen kann. Es ist nicht immer der Geldpunkt, der auch die größeren Landwirte abhält, ihre Söhne in die landwirtschaftlichen Winterschulen zu schicken, sondern der Mangel an Arbeitskräften, der Mangel an einem Erbsen, wenn der Landwirt seinen Sohn in diese Schule schickt. Ich habe früher schon angeregt, daß man die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ähnlich den gewerblichen Fortbildungsschulen als Fachschulen ausgestalten solle. Die

Denkschrift, die wir erhalten haben, beurteilt diese Anregung abfällig. Ich bin aber nicht mit ihr einverstanden, und zwar deshalb nicht, weil sie an die Fortbildungsschulen viel zu hohe Anforderungen stellt. Wenn ich mich zurückerinnere an die Zeit, wo man die gewerblichen Fortbildungsschulen einrichtete an denselben kleineren Plätzen, an denen man eine Gewerbeschule nicht einrichten konnte, und wenn ich heute sehe, mit welcher wohlthätiger Wirkung diese Schulen arbeiten und für den Gewerbebestand geradezu eine absolute Notwendigkeit bilden, so muß ich mir sagen, man sollte nach diesem Schema auch die landwirtschaftlichen Fachschulen einrichten. Die gewerbliche Fortbildungsschule bezweckt ja z. B. nicht, vielleicht selbständige Zeichner im Bauwesen heranzuziehen, wir verlangen nur, daß die Schüler später eine Zeichnung machen können, daß sie eine Kostenberechnung nach der Zeichnung aufstellen können und sie nach einer Zeichnung selbständig arbeiten lernen. Wenn Sie sehen würden, mit welcher Lust und Liebe die jungen Leute, die diese Fachschulen besuchen, die in ihr Fach einschlagenden Artikel ergreifen und wie sie bemüht sind, sich auch theoretisch für Gewerbe auszubilden, so gäbe das gewiß die Anregung, auch für die Landwirtschaft daselbe zu erstreben, was die gewerbliche Fortbildungsschule für das Gewerbe ist. Wir wollen in einer Fachschule für Landwirte keine Chemie treiben, was aber heutzutage das Nötigste ist für die landwirtschaftstreibende Bevölkerung, ist die Kenntnis der Zusammensetzung der Stoffe. Jeder Bauer sollte wissen, was jede einzelne Pflanzengattung für ihr Fortkommen nötig hat. Er muß wissen, wie die einzelnen Stoffe sich zusammensetzen. Er muß wissen, wie das Futter zusammengesetzt sein muß. Gerade hier wird infolge Unkenntnis und unzureichender Einteilung oft das widersinnigste Verfahren eingeleitet und Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. Auch die Milchbehandlung läßt noch viel zu wünschen übrig. Der junge Mann sollte wissen, was für Bestandteile die Milch enthält, er sollte wissen, wie eine gute Milchbehandlung vor sich geht. Nach meiner Ansicht sind das Dinge, die kein tieferes Studium veranlassen sollten, die aber jeden Tag in einer richtig geführten Bauernhaushaltung vorkommen. Und hier kann der junge Mann, der eine Fachschule besucht hat, sehr wohl als Pionier wirken. Man hat in ländlichen Bezirken ja auch Haushaltungsschulen mit bestem Erfolge eingeführt. Auch hier ist es erfreulich, wenn man sieht, wie die jungen Mädchen mit Lust und Liebe die Kurse besuchen. Was bezweckt denn eigentlich unsere Fortbildungsschule für unsere landwirtschaftstreibende Bevölkerung? Man hat von einer „weiteren Ausbildung“ gesprochen. Das ist nicht der Fall. Man muß froh sein, wenn die Fortbildungsschüler sich nur die Kenntnisse erhalten, die sie sich in der Volksschule erworben haben. Es geht nicht vorwärts, sondern eher rückwärts. Wenn aber Fachbildung damit verbunden ist, wenn auch Anleitung für die Landwirtschaft gegeben wird, so regt das die jungen Leute mehr an als die trockenen Elementarfächer, die sie in der Volksschule schon zur Genüge kennen gelernt haben.

Einen schönen Erfolg haben, wie aus dem Bericht hervorgeht, die Haushaltungsschulen für Mädchen zu verzeichnen, die von den Kreisen in Radolfzell, Billingen, Kenzingen, Bühl und Redarbischofsheim eingerichtet worden sind. Nach dem Bericht sind im letzten Jahre über 200 Schülerinnen darin ausgebildet worden. Die Haushaltungsschulen Radolfzell und Redarbischofs-

heim konnten im letzten Jahr das 50jährige Jubiläum feiern. Tausende von Schülerinnen sind allein in diesen beiden Schulen ausgebildet worden. Ich kann Ihnen sagen, die Bauerntöchter sind wirklich dankbar für die Kenntnisse, Fachkenntnisse zum größten Teil, die sie in der Schule erworben haben. Die Zeiten sind vorüber, wo eine Hausfrau die Geschäfte den Diensthöfen überlassen konnte, selbständige Diensthöfen gibt es heutzutage wenig mehr, und wie schlimm ist es bestellt, wenn eine Bauernfrau ihrem Berufe nicht vorstehen kann. Da brennt das Haus inwendig, und das ist schlimmer als außen. Die Zeiten sind aber nicht so schlimm, wie man sie im allgemeinen schildert; ich stehe auf dem Standpunkt: Wo Mann und Frau ihrem Berufe gewachsen sind, wo sie selbständig vorzugehen wissen, da geht es auch heute noch vorwärts. Die Selbständigkeit beruht aber darauf, daß schon mit der Schulbildung die nötige Anleitung hierzu gegeben wird, das gibt Lust und Liebe zum Bauernstand. Es kann, wie ein altes Sprichwort sagt, eine Hausfrau, die nicht hauszuhalten versteht, mit der Schürze hinaus-tragen, was ein Bauer mit vier Pferden nicht herein-zufahren vermag, und das Sprichwort hat viel Wahres. Diese notwendige Selbständigkeit in unserem Bauernstand können wir nur erhalten durch eine richtige und praktische Förderung.

Es ist dann über den Obstbau sehr viel gesprochen worden. Der Herr Kollege Bechtold hat sich über den Sortenanbau unbefriedigt geäußert; er meinte, man hätte nur alte Sorten, man hätte nicht den nötigen Wert darauf gelegt, sie zu modernisieren, und man berücksichtige auch die alten Sorten, die sich bewährt haben, nicht in dem Maße, wie sie eigentlich Berücksichtigung finden müßten. Da möchte ich zur Beruhigung des Herrn Kollegen Bechtold doch sagen, daß bei uns der Hauptwert darauf gelegt wird, die altbewährten Sorten wieder einzuführen, und wir erzielen dabei die besten Resultate. In meiner eigenen Gemeinde z. B. — das dient vielleicht zur Nachahmung — waren wir anlässlich einer Feldbereinigung, mit der Weganlagen verbunden waren, bestrebt, dem Obstbau dadurch den nötigen Eingang zu verschaffen, daß wir auf Gemeindeflohen jeweils im Jahr 3 bis 400 Bäume angekauft, sie den anstehenden Grundbesitzern unentgeltlich auf die Grundstücke gesetzt und 4 bis 5 Jahre in Behandlung genommen haben. Das bringt den Vorteil, daß die altbewährten Sorten gleichmäßig eingeführt und auch in einer gewissen Richtung und in dem vorchriftsmäßigen Abstände gepflanzt werden. Ich könnte Ihnen auf meiner Gemarlung schon eine große Anzahl von Obstbäumen vorweisen, die jetzt in voller Ertragsfähigkeit stehen. Die Einwohnerschaft ist hierüber sehr befriedigt, wir haben in den letzten Jahren bereits Ernten gehabt, und ich kann ein solches Vorgehen den Gemeinden, namentlich wenn eine Feldbereinigung vorzunehmen ist, nur empfehlen. Es ist das ein dankbares Unternehmen, und man erreicht damit auch, daß mit der sogenannten Blendwirtschaft, mit diesen allzu vielen Obstsorten aufgeräumt wird, und daß nur diejenigen Sorten, die sich in den einzelnen Gemarkungen bewährt haben gepflanzt werden.

Den Körnerbau möchte ich übergehen, er ist schon eingehend erörtert worden. Gestreut hat mich, aus dem Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu ersehen, daß die Einfuhr um 13 Prozent abgenommen hat; unsere Produktion ist also um dasselbe Quantum

gestiegen. Das ist nach meiner Ansicht ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die landwirtschaftstreibende Bevölkerung nicht rückständig ist, sondern im Gegenteil alles aufwendet, um dem Boden durch rationelle Bebauung den größtmöglichen Ertrag abzugewinnen.

Auch die Rindviehzucht ist schon von allen Seiten besprochen worden. Leider wird von gewisser Seite, auch von den Landwirtschaftslehrern in den Landwirtschaftsschulen den Schülern gegenüber, oft eine Theorie gelehrt, die mir nicht sympathisch ist. Es wird nämlich von verschiedenen Seiten behauptet, daß die Rindviehzucht nicht mehr recht rentabel sei und daß man sich auf den Körnerbau beschränken müsse. Nun haben ja die Großbetriebe die Rindviehzucht aufgegeben, sie treiben viehlose Landwirtschaft; ob das aber auf die Dauer geht, will ich dahingestellt sein lassen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Rindviehzucht für denjenigen, der die nötigen Kräfte zur Verfügung hat, am rentabelsten ist, sie ist die Grundlage für unsere Landwirtschaft, namentlich für unsere Kleinlandwirtschaft (Sehr richtig!).

Mit der Rindviehzucht ist die Milchwirtschaft verbunden, und da habe ich schon vielfach von unseren Zuchtinspektoren die Klage gehört, daß da, wo sich die Milchwirtschaft eingebürgert hat, die Rindviehzucht erheblich zurückgeht. Das ist schon deshalb bedauerlich, weil man die Wahrnehmung macht, daß nicht nur die entbehrliche Milch verkauft wird sondern auch die unentbehrliche, die für die Gaushaltung und für die Viehzucht notwendig wäre. Wenn der kleine Bauer die Milchwirtschaft forciert und die Rindviehzucht vernachlässigt, so ist das nach meinen Erfahrungen eine Bankrottwirtschaft und keine rentable Landwirtschaft. Die Viehzucht muß auch bei der Milchwirtschaft die Grundlage bilden, auch sie ist bei ihr ein wichtiger Faktor. Eine gute Milchkuh können wir vom Händler nicht kaufen, das gäbe wieder Viehschulden, wie wir sie vor 30 und 40 Jahren erlebt haben; deshalb muß sich der Bauer eine gute Milchkuh selbst aufziehen, und man kann nicht genug ermahnen, nur die überflüssige und nicht die unentbehrliche Milch zu verkaufen. (Sehr richtig!).

Nun zur Rindviehverversicherung. In meiner Heimat haben wir schon jahrelang eine Rindviehverversicherung, aber im allgemeinen lebt sie sich nicht in dem Maße ein, wie es sein sollte. Die Prämien sind bisher durchweg hohe gewesen. Daran trägt die Hauptschuld das viele tuberkulöse Vieh, das teilweise auch vom Ausland herüberkommt. Das verursacht sehr hohe Verluste. Der Verlust ist aber zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß die einzelne Viehverversicherungsanstalt durch die Einrichtung der Kadaververnichtungsanstalten schwer betroffen wird, indem die Kadaver nicht mehr verwertet werden können, sondern unentgeltlich an diese abgegeben werden müssen. Wir haben bisher Einnahmen von 30 bis 60 Mark für solches Fleisch gehabt, wenn es noch zur Fischfütterung verwendet werden konnte, und der Verlust für meine Versicherungsanstalt beträgt 300 bis 400 Mark jährlich, wenn die Tierverluste die gleichen wie bisher bleiben. Ich habe insbesondere die Hoffnung, daß das neue Reichseuchengesetz auch hinsichtlich des tuberkulösen Viehs Wandel schafft. Wir waren ja bisher machtlos im Kampf gegen die Tuberkulose. Es ist das eine Krankheit, die für die landwirtschaftstreibende Bevölkerung und für

die Viehzucht von größtem Nachteil ist und zu den größten Besorgnissen Veranlassung gibt. Man sucht ja in neuerer Zeit auch nachzuweisen, daß die Tuberkulose des Milchviehs durch die Milch auch auf den Menschen übertragen werden kann. Wenn das der Fall sein sollte, so ist es umso wichtiger, daß wir uns mit der Frage eingehend befassen und kein Mittel scheuen, um das Vieh gesund zu erhalten.

Die Handelsgewächse sind ebenfalls eingehend behandelt worden, hauptsächlich der Tabakbau und der Zuckerrübenbau. Ich gebe zu, daß die Landwirtschaftskammer in dieser Beziehung sehr viel getan hat. Die Tabakprämierung wurde von verschiedenen Seiten getabelt. Die Art der Prämierung ist mir auch nicht sympathisch, ich möchte die Prämierung aber deswegen doch nicht missen. Bei den überaus zahlreichen Anmeldungen im letzten und vorletzten Jahr war es nämlich einer einzelnen Kommission gar nicht möglich, in der kurzen Zeit, die ihr zur Verfügung stand, jeden angemeldeten Tabak genau zu untersuchen. Sie nahm deshalb eine Probe mit und nach dieser wurde bei der Prämierung entschieden. Es hat sich aber mehrmals ergeben, daß gerade der prämierte Bauer, wenn der Tabak zur Wage gekommen ist, den größten Schund gebracht hat, trotzdem er einen Preis für schönen Tabak erhalten hatte. Es wäre nach meiner Ansicht viel richtiger, wenn die Prämierungskommission mit der Befichtigung abwarten würde, bis der Tabak zur Wage kommt. Wenn der Tabak verwogen wird, gibt es Gelegenheit, ihn gründlich zu untersuchen, und es wird dann mit der Prämierung mehr das Richtige getroffen werden, als es bisher der Fall war.

Der Herr Kollege Red hat auch über die Tabakbesteuerung gesprochen. Mit dem Herrn Präsidenten stehe ich aber auf dem Standpunkt, daß wir diese Sache behandeln wollen, wenn es an der Zeit ist; der Zoll ist ja festgelegt. Ich will nur eines bemerken: Gerade unser Tabak, der roh zur Wage kommt, hat 20 bis 25 Proz. Abgang, bis er fermentiert ist, und bis er verwendet werden kann, hat er nochmals 20 bis 25 Proz. Abgang. Für 50 Proz. Tabak, die wirklich verwendet werden können, beträgt also die Steuer 57 M. Das ist kein Verhältnis gegenüber dem Zoll, der unsere einheimischen Bauern vor der Konkurrenz des ausländischen Tabaks eigentlich schützen soll. Es sollte hier ein gleiches Verhältnis geschaffen und der ausländische Tabak entsprechend seiner Qualität und seinem Gewicht höher belastet werden als der inländische.

Der Herr Kollege Müller hat gestern etwas angeregt, worauf ich noch näher eingehen möchte. Die Erhöhung der Biersteuer gibt für uns Landwirte die Mahnung, darauf Bedacht zu nehmen, bei unserem Gerstenbau vorsichtiger zu Werke zu gehen, als das bisher der Fall war. Es ist ja leicht erklärlich, daß ein Großbrauer, der 22 und 23 M. Biersteuer bezahlen soll, eine Qualitätsgerste kaufen will, die ihm die höchste Ausbeute bietet, aus der er das meiste und beste Bier gewinnen kann. Das kann man ihm nicht verdenken. Wir müssen uns also beeilen, unsere Gerstenqualität so einzurichten, daß sie derjenigen der ausländischen Gerste gewachsen ist. Hier läßt sich viel machen. So ist ein Fehler, daß man zu viel Sorten anbaut. Wir finden oft in kleinen Gemeinden vier und fünf Gerstenarten angebaut,

die dann im Konsumweg nicht verkauft werden können. Der Großbrauer kann diese Gerste nicht verwenden, weil er das große Quantum zusammen vermählen muß, die Keimfähigkeit und auch die Zuckersstoffbildung aber eine verschiedene ist, so daß ihm ein großer Prozentsatz dabei zu Grunde ginge. Wir müssen bestrebt sein, in jeder Gemarkung bewährte Sorten einheitlich einzuführen; dann kann die Gerste auch im Konsumweg verkauft werden. Weiter kommt in Betracht, was ebenfalls auf die Qualität einen Einfluß ausübt, daß wir nicht zuviel Stickstoffdüngung anwenden. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die Gerste sich nach dem vorausgegangenen Bau richtet. Gerste, die nach Klee gebaut wird, ist zu reich an Stickstoff, sie ist dickhülfig und wird deshalb von den Brauereien nicht gerne gekauft und auch nicht so teuer bezahlt wie eine Gerste, die auf Haferfrucht folgt.

Im allgemeinen kann ich wohl sagen und muß ich auch zugeben, daß die Landwirtschaft, namentlich in Kleinbetrieben, wo eigene Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wo mit Umsicht und Gewandtheit gearbeitet wird, kein schlechtes Geschäft ist. Es kann da mit Erfolg gearbeitet werden. Anders verhält es sich leider, wenn der Betrieb sich vergrößert, wenn fremde Arbeitskräfte gewonnen werden müssen. Abgesehen von den Widerwärtigkeiten, die man sonst hat — es will ja kein Mensch mehr auf dem Lande Arbeiter werden —, sind es die hohen Arbeitslöhne, die mit den Einnahmen nicht mehr im Verhältnis stehen. Der Betrieb ist dann nicht mehr rentabel. Wir wollen aber keinen Bauernstand heranziehen, der mühsig die Hände in den Schoß legt und sich auf Staatshilfe verläßt; im Gegenteil, wir wollen belehrend wirken, wir wollen ihm Wege öffnen, daß er Umschau hält, wo er seinen Betrieb noch verbessern, wo er seine Einnahmen erhöhen kann. Das soll unsere Pflicht sein. Ich hoffe, daß auch unsere Landwirtschaft dahin kommt, daß sie selbständig wird und nicht mehr auf die finanzielle Unterstützung in dem Maße angewiesen ist, wie es bisher der Fall war. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister des Innern **Fehr. von und zu Bodman:**
Nur einige wenige Bemerkungen!

Ich möchte zunächst mein Bedauern aussprechen, daß der Herr Abg. Fehr. von Menzingen die Polenpolitik hier zur Sprache gebracht und daß er die Maßnahmen der uns befreundeten preussischen Regierung als eine Entrechtung deutscher Staatsbürger bezeichnet hat. Ich glaube, wir sollten uns hier im badischen Landtag einer derartigen Kritik enthalten. Sie ist auch nicht zutreffend. Wenn jemand die Rechte eines deutschen Staatsbürgers in Anspruch nimmt, so muß er sich auch als Deutscher fühlen und betätigen (Abg. Red: Sehr richtig!). Wenn er das nicht tut, so kann er sich nicht darüber beklagen, wenn die Gesetzgebung des Landes daraus ihre Konsequenzen zieht (Abg. Red: Sehr richtig!).

Gefreut habe ich mich über die Anerkennung, die dem Leiter der Saatuchtanstalt, Herrn Dr. Lang, ausgesprochen worden ist, und auch ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es uns gelingen wird, diese ausgezeichnete Kraft unserem Lande zu erhalten.

Der Herr Abg. Fehr. von Menzingen hat Anregungen zur Verbesserung unserer Forstwälder

und Ringeltaler Zucht zur Sprache gebracht. Diese sei im Niedergang begriffen und bedürfe der Auffrischung durch rotschekige Farren, die aus der Schweiz einzuführen seien. Die Resultate unserer Aufzuchtstation Rudenberg seien ungünstig. Man sollte statt der Zuchtinspektoren drei Tierzuchtämter errichten. Der Herr Abgeordnete hat das nicht als seine eigene Anregung mitgeteilt, sondern gesagt, daß ihm diese Anregung von anderer Seite zugegangen sei. Ich glaube diese andere Seite zu kennen. Wir halten die Anregung nicht für begründet. Wir sind nicht der Ansicht, daß die Bordenwälder und Ringeltaler Zucht zurückgeht. Wir wissen auch nichts von ungünstigen Zuchtergebnissen auf der Station Rudenberg. Wir sind aber der Ansicht, daß es ein großer Fehler wäre, wenn man Experimente mit rotschekigen Farren machen wollte. Wir sind der Ansicht, daß es sehr wesentlich für unsere Zucht ist, daß wir auch in der Farbe eine einheitliche Zucht haben, und daß es für unsere Abzuchtverhältnisse bedenklich wäre, derartige Versuche vorzunehmen. Was die Errichtung von Tierzuchtämtern an Stelle der Zuchtinspektoren betrifft, so ist das ein Vorschlag, der besonders eigentümlich anmutet in einer Zeit, wo wir auf Vereinfachung der Staatsverwaltung bedacht sind. Das Ergebnis dieses Vorschlages würde ja nur sein, daß die bisherigen Zuchtinspektoren gewissermaßen über den Wassern schweben, daß sie sich mit einem Stabe von anderen Beamten umgeben, daß sie selbst die Oberleitung in der Hand behalten und die anderen Beamten die Hauptarbeit leisten. Dazu werden wir die Hand nicht geben.

Der Herr Abg. Frhr. von Menzingen hat weiter gesagt, daß er auf die Verhältnisse der Getreidelagerhäuser im Frankenlande nicht näher eingehen wolle, und ich will auch nicht näher darauf eingehen. Er hat aber doch einige Bemerkungen gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben können.

Er hat mit starker Betonung hervorgehoben, daß, was der Bauernverein da unten geleistet habe, er aus eigenen Mitteln geleistet habe. Dazu möchte ich nur bemerken, daß der Staat einen Zuschuß von 10 000 M. zum Lagerhause Lauberbischofsheim gegeben hat. Er hat ferner gesagt, daß, wenn es schlecht gehe mit diesen Unternehmungen, es nicht das Geld der Grohh. Regierung sei, was dabei verloren gehe. In unser geliebtes Deutsch übertragen heißt das, daß die Regierung gar nichts anginge (Geiterkeit). Nun handelt es sich nicht um das Geld der Grohh. Regierung — die Grohh. Regierung hat überhaupt kein Geld —, sondern es handelt sich bei derartigen Dingen um das Geld der Steuerzahler (Sehr richtig! links). Im übrigen, wenn ein großer Krach kommt — was ich nicht hoffe, was ich aber fürchte, wenn in diesem Tempo mit Gründungen fortgefahren wird —, so leidet darunter die Bevölkerung, für welche zu sorgen eine Pflicht der Grohh. Regierung ist, und insofern muß ich mich allerdings darum bekümmern.

Der Herr Abgeordnete Frhr. von Menzingen hat ferner davon gesprochen, daß der landwirtschaftliche Verein lange Jahre geschlafen habe. Nun, ich war selbst lange Jahre im landwirtschaftl. Verein tätig, u. ich habe nichts davon bemerkt, daß der landwirtschaftliche Verein geschlafen hat. Es mögen einzelne Vereine geschlafen haben, aber die Mehrzahl ganz gewiß nicht, sondern die Mehrzahl hat eine rege Tätigkeit entwickelt. Als wir vor einigen Jahren, im vorigen Jahre und vor zwei Jahren die Feste der beiden großen Verbände, der Kon-

sumbereine und der Kreditgenossenschaften, feierten, hat auch der Herr Abgeordnete Frhr. von Menzingen an diesen Festen teilgenommen, und dort hat man nichts davon gesprochen, daß geschlafen worden sei, sondern man hat mit Recht davon gesprochen, daß sehr viel geleistet worden sei. Diese Verbände aber sind aus dem landwirtschaftlichen Vereine hervorgegangen.

Dem Herrn Abg. Bechtold möchte ich wegen der Prämierung einige Worte sagen. Er hat uns mitgeteilt, daß die Bauern sagen, es würden bei Prämierungen, sowohl bei Tabak- als bei Viehprämierungen, nicht die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sondern die Personen prämiert, und er hat hinzugefügt, da die Leute das sagen, so werde das wohl auch so sein, er wolle der Sache nicht auf den Grund gehen. Ich möchte den Herrn Abgeordneten recht dringend bitten, doch der Sache auf den Grund zu gehen und, wenn er findet, daß die Leute das mit Recht sagen, mir dann die Tatsachen mitzuteilen. Im allgemeinen bin ich nicht der Ansicht, daß eine Sache, weil sie behauptet wird, deshalb auch schon richtig ist, und solange mir nicht Beweise für die Behauptung beigebracht werden, daß nicht die Gegenstände sondern die Personen prämiert werden, muß ich diese Behauptung mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Der Herr Abg. Reiser hat verschiedene Aufschlüsse vermißt, was aus den Geldmitteln, die im Budget eingestellt sind, geworden sei. Wir haben alle Aufschlüsse erteilt, die von uns seitens der Budgetkommission verlangt worden sind. Die Gelder, die Sie bewilligen, kommen alle in die richtige Tasche.

Ministerialdirektor Weingärtner: Aus dem reichen Strauße von Anregungen und Wünschen, die zum Titel über Landwirtschaft hier vorgetragen worden sind, sind auch mir einige Blüten zur Beantwortung zugefallen.

Zunächst eine Steuerblüte. Es ist von dem Herrn Abg. Schüler die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der Quittungsstempel auch auf die Sparkassen, und insbesondere auf die Sparkassen der ländlichen Kreditgenossenschaften Anwendung finde. Nun, was die Sparkassen, die öffentlichen Sparkassen, die Gemeindeparkassen anlangt, so wird dieser Quittungsstempel auf sie nur Anwendung finden, wenn sie die passive Scheckfähigkeit besitzen, das heißt, wenn auf sie Schecks ausgestellt werden können. Die passive Scheckfähigkeit können diese öffentlichen Sparkassen aber nur erlangen, wenn sie ihre Satzungen den Bestimmungen des Scheckgesetzes anpassen und außerdem die staatliche Genehmigung zur Aufnahme des Scheckverkehrs, also zu dieser Satzungsänderung, erhalten. Von der Einführung des Scheckverkehrs haben bis jetzt nur vier Sparkassen Gebrauch gemacht, nämlich Mannheim, Durlach, Lahr und Freiburg. Nur für diese Sparkassen käme also in Frage, ob der Quittungsstempel auf sie Anwendung findet.

An und für sich, bei strenger Auslegung des Gesetzes, würde in der Tat angenommen werden müssen, daß für Quittungen bei Abhebungen von Guthaben bei solchen passiv scheckfähigen Sparkassen der Quittungsstempel zu entrichten ist. Man kann aber eine andere, eine mildere Auffassung des Gesetzes haben, nämlich diejenige, daß der Quittungsstempel, der ja nur der Ersatz für den

Scheckstempel ist, lediglich dann zu entrichten ist, wenn der betreffende Einleger einen Scheckvertrag mit der Sparkasse hat und die Abhebungen sich lediglich auf solche Guthaben beziehen, bezüglich welcher ein Scheckvertrag mit der Sparkasse besteht. Bezüglich aller übrigen Spareinlagen bei den genannten vier Sparkassen die den Scheckverkehr eingeführt haben, würde die sonstige Abhebung von Spareinlagen, von Guthaben, die nicht auf Scheckkonto gegeben sind, nicht dem Quittungstempel unterliegen. Wir haben uns in dieser Frage bereits mit Schreiben vom 20. Oktober v. J. an das Finanzministerium als die zuständige Behörde, gewendet, und das Finanzministerium ist mit den zuständigen Reichsbehörden ins Benehmen getreten, um dieser milderen Auffassung zur Geltung zu verhelfen.

Was die ländlichen Kreditgenossenschaften anlangt, so sind diese wohl als passiv scheckfähig zu bezeichnen und infolgedessen müßten die Abhebungen von Guthaben bei diesen ländlichen Kreditgenossenschaften dem Quittungstempel unterworfen werden. Allein man kann auch hier die eben erwähnte etwas mildere und engere Auslegung des Stempelgesetzes zur Geltung bringen, daß nur diejenigen Abhebungen von Guthaben dem Quittungstempel unterliegen, bezüglich welcher ein Scheckvertrag besteht, daß also die eigentlichen Spareinlagen, bezüglich welcher ein solcher Scheckvertrag nicht besteht, auch dem Quittungstempel nicht unterliegen. Auch hierüber haben wir mit Schreiben vom 27. September v. J. uns mit dem Finanzministerium ins Benehmen gesetzt, damit es bei den Reichsbehörden dieser milderen Auffassung zur Geltung ver helfe.

In einem gewissen Zusammenhang mit dieser Steuerfrage steht eine Anregung, die seitens des Herrn Abg. Morgenthaler erfolgt ist. In dem Gesetz zur Verbesserung unserer Reichsfinanzverhältnisse ist bekanntlich angeordnet, daß die Postverwaltung den Berufsgenossenschaften nicht mehr Vorschüsse zur Auszahlung ihrer Renten zu gewähren braucht, sondern daß die Post berechtigt ist, von den Berufsgenossenschaften Einzahlung zu verlangen, damit die Renten aus diesem Betriebsfonds bezahlt werden können; und so hat die Reichspost auch unserer badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gegenüber verlangt, daß sie bei der Postverwaltung eine entsprechende Einzahlung und zwar in der Höhe von 1,9 Millionen Mark macht. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft war in großer Verlegenheit, wie sie diese Einzahlung, die sie in monatlichen Raten zu leisten hat, machen solle. Um das Geld zu bekommen, hat sie sich an uns und an das Finanzministerium gewendet, und es ist gelungen, der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus den Beständen der Amortisationskasse 800 000 Mark zur Verfügung zu stellen, damit sie diese monatlichen Raten bezahlen kann. Hierfür verlangt aber die Amortisationskasse einen Zins von 4 Prozent. Es ist unter den heutigen Verhältnissen wohl unmöglich, diese große Summe, wie angeregt worden ist, unverzinstlich hinzugeben; aber es ist auch nicht möglich, sie zu einem billigeren Zinsfuß als 4 Prozent zu geben, denn der Staat muß selbst für das Geld, das er aufnimmt, 4 Prozent zahlen.

Wenn es mir also auch leid tut, dieser Anregung des

Herrn Abg. Morgenthaler keine Erfüllung in Aussicht stellen zu können, so kann ich dagegen in einer anderen Frage, die ebenfalls die Amortisationskasse betrifft und die der Herr Abg. Schüler angeregt hat, diesem mitteilen, daß sein Wunsch erfüllt wird. Die Amortisationskasse, soweit sie als Ausgleichsstelle für die ländlichen Kreditgenossenschaften wirkt, wird den derzeitigen Zinsfuß zunächst beibehalten und wird künftig bei Beginn des Geschäftsjahres mitteilen, zu welchem Zinsfuß sie Geld geben wird, damit sich die Kreditgenossenschaften darnach richten können.

Und nun noch wenige Worte zu den Bemerkungen, die seitens des Herrn Abg. Ziegelmaier bezüglich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gefallen sind. Da will ich zunächst darauf hinweisen, daß die Abschätzungscommissionen in den einzelnen Gemeinden doch nicht so sehr der Allgewalt des Steuerkommissärs in die Hand gegeben sind, wie von dem Herrn Abgeordneten angenommen wird. Diese Abschätzungscommissionen bestehen außer einem Steuerkommissär noch aus dem Bürgermeister und zwei weiteren Mitgliedern, die der Gemeinderat hineinschickt, es stehen also dem Steuerkommissär drei kräftige Männer entgegen (Seiterkeit), und die könnten ja schließlich, wenn sie zusammenstehen, eine Entscheidung in ihrem Sinn herbeiführen. Wenn es einmal einem nicht gelingt, mit seiner Ansicht durchzudringen, so steht ihm die Beschwerde an das Landesversicherungsamt offen, und ich möchte anheimgeben, in solchen Fällen, also bei Abschätzungen, die nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sind, von diesem Rechtsmittel Gebrauch zu machen.

Die weitere Anregung, die Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in 2 Jahrestermen ein zahlen zu können, haben wir schon eingehend geprüft. Allein wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß dem große Schwierigkeiten entgegenstehen. Namentlich jetzt, wo die Berufsgenossenschaft die großen Vorschüsse an die Post bezahlen soll. Würde man die Beiträge erst im Spätjahr in einer Summe verlangen, so hätte die Berufsgenossenschaft bis dahin keine genügenden Mittel; sie müßte Geld aufnehmen und dafür die Zinsen bezahlen, die bis zum Spätjahr erwachsen. Und ähnlich wäre es, wenn man die Beiträge in zwei Termen einberlangen würde; da würden ebenfalls wieder Zinsen zu bezahlen sein von der Berufsgenossenschaft, weil sie die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung hat und infolgedessen Geld aufnehmen muß, um die Renten zu bezahlen. Es ist berechnet worden, daß die Beiträge für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, wenn sie in zwei Termen bezahlt werden würden, auf 10 Jahre hinaus um 4 Pf. erhöht werden müßten.

Daß diese Beiträge ständig wachsen, ist ja eine sehr unerfreuliche, aber aus den Verhältnissen ganz von selbst sich ergebende Tatsache. Wir machen diese Wahrnehmung ja auch bei den anderen Berufsgenossenschaften. Allein es gibt auch Mittel, um dem Anwachsen dieser Beiträge etwas entgegenwirken zu können, und da wird es vielleicht von großem Interesse sein, zu hören, was in dieser Hinsicht im Oktober vorigen Jahres aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Lothringen in die Zeitungen gelangt ist. Es heißt da, man habe auch stets geklagt, daß diese Beiträge so arg anwachsen, und „man hätte es am liebsten gesehen,

wenn überhaupt eine gesetzliche Handhabe dafür gegeben gewesen wäre, die Versicherungspflicht der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzuheben. Daß ein Beharrungszustand in der Beitragshöhe in absehbarer Zeit eintreten könne, haben selbst Kenner nicht zu hoffen gewagt". Und nun kommt die überraschende Mitteilung, daß die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Lothringens für 1910 die Beiträge nicht nur nicht zu erhöhen braucht, sondern daß sie vielmehr 50 000 M. weniger im Umlageverfahren aufzubringen genötigt ist. Da fragt man sich, wie es möglich gewesen ist, dieses günstige Ergebnis herbeizuführen? „Dieses erfreuliche Resultat (heißt es dann weiter) wird einmal den verbesserten Unfallverhütungsvorschriften zugeschrieben, die die Berufsgenossenschaft erlassen hat, dann aber auch der strengeren Überwachung und Nachuntersuchung den Rentenbezieher. Denn es ist eine Tatsache, daß gerade unter den Landwirten ein gewisser Rentenmangel entstanden ist, den viele dieser Berufsleute auf alle Weise zu befriedigen suchten, selbst da, wo die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren. Es steht zu erwarten, daß auf dem bis jetzt eingeschlagenen Wege auch in Zukunft ein übermäßiges Anwachsen der Ausgaben der Berufsgenossenschaft verhindert werden wird.“ Es wird sich empfehlen, daß man auch bei uns in der gleichen Weise vorgeht. Wenn aber Klagen über die hohen Beiträge vorgetragen werden, dann glaube ich, ist es doch auch Pflicht der Herren Verständigen und Kundigen in diesen Fragen, darauf hinzuweisen, daß die Berufsgenossenschaft auch sehr viel Gutes getan und in sehr vielen Fällen die wirtschaftliche Existenz verunglückter kleiner Landwirte aufrecht erhalten hat. Dann wird man darauf hinweisen dürfen, daß im Jahre 1908 von der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 1,7 Millionen Mark an Unfallentschädigungen bezahlt worden sind, und daß seit ihrem Bestehen die zur Auszahlung gelangten Unfallentschädigungen zusammen die Summe von mehr als 16 Millionen Mark betragen. Ich glaube, daß der Hinweis auf diese Hilfe, auf diese Zahlen manches zur Beruhigung der Landwirte beitragen wird.

Geh. Oberregierungsrat **N e b e**: Ich komme kurz auf einige Anfragen und Bemerkungen und zwar zunächst auf die Bemerkungen des Herrn Abg. **S ä n g e r** über den Hanfbau und über den Fettgehalt der Milch. Der Herr Abg. **S ä n g e r** hat den Rückgang des **H a n f b a u e s** erörtert und hat dabei bemerkt, daß er sich von einer staatlichen Prämierung des Hanfbaues einen Erfolg nicht verspreche. Die Grohh. Regierung teilt diese Ansicht. Wir haben auf die diesbezügliche Anregung des Herrn Abg. **M o r g e n t h a l e r** im letzten Landtag gutachtliche Äußerungen sämtlicher in Betracht kommenden Landwirtschaftslehrer erhoben, und diese haben einstimmig dahin gelautet, daß sowohl sie, die Landwirtschaftslehrer, als auch die hanfbaufundigen Landwirte sich von einer derartigen Maßregel keinen Einfluß auf den Umfang und die Ausdehnung des Hanfbaues versprechen. Nachdem auch die badische Landwirtschaftskammer dieser Ansicht beigetreten war, haben wir von Einrichtung einer Prämierung des Hanfbaues Umgang genommen.

Der Herr Abg. **S ä n g e r** hat dann gebeten, es möchte womöglich in anderer Weise etwas für den Hanfbau geschehen; allein er hat irgendwelche Vorschläge nicht gemacht, und die Grohh. Regierung ist augenblicklich auch

nicht in der Lage, solche Vorschläge zu machen. Die Ursache des Rückganges scheint ja hauptsächlich in der Konkurrenz des russischen und italienischen Hanfes zu liegen, der gleichmäßiger geliefert werden soll. Wir waren schon vor einigen Jahren bemüht, bessere Absatzverhältnisse für den Hanfbau herbeizuführen (und darum handelt es sich ja in der Hauptsache), indem wir mit dem Reichsmarineamt ins Benehmen getreten sind. Wir haben dort auch ein freundliches Entgegenkommen gefunden. Man hat Proben badischen Hanfes erhoben und dieselben für brauchbar gefunden, und das Reichsmarineamt hat alsdann die Laufabrikanten, mit denen es in geschäftlicher Beziehung steht, auf den badischen Hanf aufmerksam gemacht und hat insbesondere bemerkt, daß es Wert darauf lege, daß das für die Marine benötigte Laufwerk teilweise auch aus heimischem Hanf hergestellt werde. Direkte Zusagen konnte uns das Marineamt nicht machen, weil es sich mit der Anschaffung des Rohmaterials nicht selbst befaßt, sondern dies den Laufabrikanten überläßt. Es haben sich dann auch einige Beziehungen angeknüpft, es haben einige Aufkäufe stattgefunden; allein unglücklicherweise war im ersten Jahre der badische Hanf total verhängelt, so daß wenig geliefert werden konnte. Dauernde Verbindungen scheinen sich nicht gebildet zu haben, eine sichere Absatzquelle scheint sich nicht eröffnen zu haben, und so hat sich denn die rückläufige Bewegung des Hanfbaues fortgesetzt. Es wird gegenwärtig Hanf in namhaften Maß eigentlich nur noch in wenigen Amtsbezirken gebaut, in Achern, Nehl, Offenburg und Emmendingen, und während die Anbaufläche im Jahre 1865 noch 9450 Hektar betrug, ist sie im Jahre 1905 bis auf 488 Hektar zurückgegangen, und sie wird jetzt wohl noch weniger betragen. In die Stelle des Hanfbaues ist allgemein entweder Futterbau oder Tabakbau getreten. Hiernach scheint der Rückgang des Hanfbaues ein unaufhaltbarer zu sein, und es ist zweifelhaft, ob ihm durch staatliche Maßnahmen entgegenge wirkt werden kann.

Was die Frage des Fettgehalts der Milch anbelangt, so habe ich bereits auf dem vorigen Landtage darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägige Verordnung vom 10. Mai 1902, entgegen einer früheren Verordnung, keinen Mindestfettgehalt für die Milch mehr festsetzt, sondern es den orts- oder bezirkspolizeilichen Vorschriften überläßt, einen derartigen Mindestgehalt zu bestimmen. Von dieser Befugnis ist vielerorts Gebrauch gemacht worden. Es ist aber auch dem Ministerium bekannt geworden, daß sich vielfach Unzuträglichkeiten ergeben haben, wie sie ja auch im Laufe der Debatte zur Sprache gekommen sind. Das Ministerium ist deswegen in eine Prüfung der Frage eingetreten, ob die fragliche Verordnungsbestimmung überhaupt aufrecht zu erhalten oder etwa zu mildern sei, und sie hat bis zur Entscheidung dieser Frage angeordnet, daß die Bezirksämter vorläufig Bestrafungen von Milchfälschungen oder von Milchbeanstandungen nicht mehr eintreten lassen sollen, wenn nachgewiesen ist, daß die Beanstandung der Milch in einer nach der Gewinnung der Milch vorgenommenen Veränderung ihren Grund nicht hat, die Milch vielmehr so zum Verkauf kam, wie sie gewonnen ist.

Der Herr Abg. **Z i e g e l m a i e r** hat gestern vorgetragen, daß die **H o p f e n p f l a n z e n** seit einigen Jahren mit einer Krankheit behaftet seien, gegen welche sich kein

Mittel als wirksam erwiesen habe, auch nicht das Spritzen. Die Hopfenbauern seien sehr in Not, und es werde um Auskunft gebeten, was da geschehen solle. Das einfachste wäre gewesen, wenn die Hopfenbauern sich sofort an die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Augustenberg gewendet hätten, die ihnen jedenfalls mit Rat und Tat zur Seite gestanden wäre, wie das ihre berufsmäßige Aufgabe ist. Künftighin wird das den Landwirten bequemer gemacht werden, und ich darf wohl im Anschlusse hieran mitteilen, daß wir im Begriffe sind, eine förmliche Organisation zur Bekämpfung und Beobachtung von Pflanzenkrankheiten einzurichten. Diese Organisation ist in der Weise gedacht, daß als oberste Leitung die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt funktionieren soll, bei welcher alle Fäden der Organisation zusammenlaufen. Nach unten gliedert sich dann die Organisation in Auskunftsstellen und in Vertrauensmänner. Vertrauensmänner sollen in allen Bezirken in der erforderlichen Anzahl aufgestellt und aus den Kreisen der Landwirte gewonnen werden, aber auch aus solchen Berufsständen, von denen anzunehmen ist, daß sie für die Sache Interesse haben, also aus den Kreisen der Gärtner, der Forstleute, der Lehrer usw. Diesen Vertrauensmännern soll zukommen die Beobachtung der Kulturpflanzen und die sofortige Berichterstattung an die Auskunftsstellen beim Auftreten von bedrohlichen Krankheiten oder beim Auftreten von solchen Krankheiten, die bisher noch nicht beobachtet wurden; ferner die Mitwirkung bei der Schädlingsbekämpfung und bei Versuchen zur Prüfung von Bekämpfungsmitteln. Als Aufsichtsstellen sollen die Landwirtschaftslehrer verwendet werden, denen zunächst eine ähnliche Aufgabe zukommt wie den Vertrauensmännern, die aber weiterhin die Berichte der Vertrauensmänner, soweit nötig ergänzt, weiter zu geben haben, und denen es endlich zukommt in allen einschlägigen Fragen der Bevölkerung Rat und Belehrung zu erteilen. Die Zentralstelle endlich soll das Ganze leiten und überwachen; sie sammelt und bearbeitet das Material, sie organisiert Bekämpfungsmahrgelnde und Versuche mit Bekämpfungsmitteln; sie soll Kurse und Vorträge halten, Veröffentlichungen in der Presse machen und soll sich in Fühlung halten mit den übrigen Organisationen des Reichs.

Der Hauptzweck dieser Organisation ist, abgesehen von dem Momente der Belehrung, der zu erreichen, daß Schädlinge sobald wie möglich entdeckt und, wenn sie entdeckt sind, sobald wie möglich und sachgemäß bekämpft werden. Ich glaube, daß, wenn diese Organisation gut funktioniert, der Landwirtschaft ein großer Dienst geleistet wird; man braucht ja nur darauf hinzuweisen, in welchem Maße alljährlich die Ernteerträge durch derartige Schädlinge beeinträchtigt werden und welche Werte auf diese Weise zugrunde gehen. Die Organisation soll noch im Laufe dieses Jahres in Kraft treten, und es ist nur zu hoffen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung ihr das nötige Verständnis und auch die erforderliche Unterstützung zuwendet.

Der Herr Abg. Müller hat sich dann zunächst nach dem Schicksal der Geflügelzuchtlehranstalt erkundigt und angefragt, ob die Regierung von dem Plane der Errichtung einer solchen Anstalt abgekommen oder ob etwa ein geeigneter Platz für dieselbe noch nicht gefunden sei. Darauf ist zu erwidern, daß die Sache mit

Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen einstweilen zurückgestellt worden ist. Merdings ist auch ein geeigneter Platz für die Anstalt bis jetzt nicht gefunden.

Er hat dann weiter vorgetragen, daß die gleichen Bedenken, die gegen die Wahl der Hochburg als Sitz der Geflügelzuchtanstalt sprechen, auch gegen die Hochburg als Sitz der Saatzuchtanstalt gelten, und er hat in dieser Richtung im wesentlichen wiederholt, was am Montag der Herr Abg. Säger vorgetragen hat und was auch in dem mehrfach erwähnten Artikel der „Badischen Landeszeitung“ zum Ausdruck gekommen ist. Es ist besonders bemängelt worden, daß die Anstalt nicht mitten im Lande liege, und daß sie auch nicht gut zugänglich und daher der Besuch erschwert sei. Das veranlaßt mich doch, mit einigen Worten auf die Entstehungsgeschichte der Saatzuchtanstalt einzugehen. Das Projekt einer Saatzuchtanstalt ist im Jahre 1905 im badischen Landwirtschaftsrat im Anschlusse an eine von der Regierung ausgearbeitete Denkschrift erstmals zur Sprache gekommen und damals einmütig gebilligt worden. Die Mittel sollten in den Staatsvoranschlag für 1906/07 aufgenommen werden. Es trat dann aber die schlechte Verwendung in den Staatsfinanzen ein, und die Sache mußte zurückgestellt werden. Wir planten dann die Aufnahme der Mittel in den Staatsvoranschlag für 1908/09; allein, da es sich um eine Summe von mindestens 75 000 bis 80 000 Mark handelte, war auch das nicht zu ermöglichen, und so waren wir, wenn wir die Sache nicht auf unbestimmte Zeit vertagen wollten, genötigt, zu prüfen, ob uns nicht sonst Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Da fiel unser Blick auf die Hochburg, wo in der Tat Räumlichkeiten frei waren und auch geeignetes Gelände für die Versuchszwecke zur Verfügung stand. Wir haben zugegriffen und haben die Saatzuchtanstalt auf der Hochburg errichtet. Hätten wir das nicht getan, so wäre in absehbarer Zeit eine Saatzuchtanstalt nicht errichtet worden und damit eine Forderung unerfüllt geblieben, die schon längst mit Nachdruck erhoben war.

Was die Mängel anbelangt, die man dem jetzigen Standort der Saatzuchtanstalt nachsagt, so ist sich die Großh. Regierung wohl bewußt gewesen, daß derselbe nicht in jeder Hinsicht ein idealer ist; es ist ihr auch nicht unbemerkt geblieben, daß die Lage der Anstalt keine zentrale ist und daß ihr Besuch mit gewissen Unbequemlichkeiten verbunden ist, wobei aber bemerkt werden muß, daß auf derartige Besuche nicht in erster Reihe Rücksicht zu nehmen war, da der Hauptzweck der Anstalt doch die eigene wirtschaftliche Betätigung ist. Für uns war der Standpunkt einfach der: Lieber eine etwas entlegene Saatzuchtanstalt als gar keine. Auf diesem Standpunkte wird auch unsere Landwirtschaft stehen.

Auf einzelne Einwände will ich nicht eingehen, zumal sie der Herr Berichterstatter schon zutreffend widerlegt hat, ich möchte nur eine Bemerkung bezüglich des Zuchtgartens machen. Soweit mir bekannt, hat der Leiter der Saatzuchtanstalt in diesem Zuchtgarten schon beachtenswerte Zuchtversuche gemacht; er hat aber nie über den Boden geklagt, wie denn auch dieser Boden ein recht guter sein soll. Übrigens kommt es darauf auch nicht so sehr an, denn die dort gemachten Versuche sind nicht ausschlaggebend. Die Saatzuchtanstalt beabsichtigt ja, die Versuche auf alle Gegenden des Landes auszudehnen, und da gibt sich Gelegenheit genug, auch andere Böden zu probieren. Jedenfalls scheint mir keine Aussicht zu bestehen, daß die Saatzuchtanstalt schon in nächster Zeit

verlegt wird, und ebenso wenig wird es möglich sein, andere Anstalten zu errichten. Der Herr Abg. Müller hat ja gemeint, man solle die Saatzuchtanstalt verlegen und dafür auf der Hochburg eine Weinbauerschule errichten. So sympathisch dieser Gedanke an sich ist, stehen ihm doch zurzeit unüberwindliche Hindernisse entgegen. Wir werden uns begnügen müssen mit dem Erreichbaren, und ich bin überzeugt, daß unsere Saatzuchtanstalt auch an ihrem jetzigen Standort mit ihrem sehr tüchtigen, eifrigen und arbeitsfreudigen Leiter trotz einiger Unvollkommenheiten zum Segen der badischen Landwirtschaft tätig sein wird.

Sowohl vom Herrn Abg. Müller als später vom Abg. Bechtold sind dann noch Klagen erhoben worden hinsichtlich der Tabakprämierung; beide meinen, es werde dabei nichts herauskommen. Auch von anderer Seite sind uns schon Zweifel in die Richtigkeit dieser Maßnahme, die aber eigentlich auf Anregungen aus diesem hohen Hause und aus der Landwirtschaftskammer zurückzuführen ist, zu Ohren gekommen. Wir haben uns daher entschlossen, zunächst sämtliche Landwirtschaftslehrer, die in den letzten zwei Jahren mit Tabakprämierung beschäftigt waren, zur Äußerung über ihre Erfahrungen aufzufordern und das gesamte Material der Landwirtschaftskammer zur Begutachtung zu übergeben. Je nach Ausfall des Gutachtens werden wir uns dann in der Sache schlüssig machen.

Der Herr Abg. Freiherr von Gleichenstein ist wieder auf die Frage der Verjüngung der Reben durch Sämlingszucht zurückgekommen. Ich habe bereits im letzten Landtag die Gründe angeführt, welche nach Ansicht der Regierung gegen eine derartige Maßnahme sprechen. Ich will nicht hierauf zurückkommen, sondern nur sagen, daß die Großh. Regierung noch auf dem gleichen Standpunkt steht. Soviel mir bekannt ist, hat auch der zuständige Ausschuß der Landwirtschaftskammer, der sich mit der Frage befaßt hat, die Oberlinischen Anlagen selbst beichtigt und ist nicht zu der Überzeugung gelangt, daß von einer Verjüngung unserer Reben eine wesentliche Besserung zu erwarten sei.

Der gleiche Herr Abgeordnete hat dann noch gefragt, welche Grundsätze von uns bei Auswahl der Rebsorten für die staatlichen Anlagen am Turmberg beobachtet würden, und er hat insbesondere betont, daß er die Taylorsche dort vermisse. Am Turmberg werden nur Versuche mit Reben gemacht, die als besonders widerstandsfähig gelten, also hauptsächlich mit *Vitis riparia*. Die Taylorsche gilt aber, wie wir in der Debatte wiederholt gehört haben, nicht als widerstandsfähig, es hat daher keinen Zweck, sie zu Veredlungszwecken anzubauen. Sie wird in Frankreich zu diesem Zweck auch nicht mehr verwendet, und es sollen ja jetzt gerade in Lothringen Versuche mit dem Taylorjüngling gemacht werden, um womöglich darzutun, daß auch dieser den Angriffen der Reblaus unterliegt.

Der Herr Abgeordnete ist sodann auch auf die Frage der Faulbrut zurückgekommen und hat bedauert, daß weder die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg noch das tierhygienische Institut sich mit Forschungen über diese Krankheit befaßt. Das dürfte zunächst wohl nicht mehr nötig sein, denn das Reichsamt des Innern hat uns unterm 27. Oktober 1908 mitgeteilt, daß die Faulbrutforschung zu einem gewissen Abschluß

gediehen sei. Die Ergebnisse dieser Forschung sind niedergelegt in einer Abhandlung von Regierungsrat Dr. Maachen „Zur Ätiologie der sog. Faulbrut der Honigbiene“ in Heft 6 der Arbeiten aus der biologischen Anstalt. Das Reichsamt teilte uns weiter mit, daß damit die Grundlagen gewonnen seien, um einer reichsgesetzlichen Regelung der Bekämpfung der Faulbrutkrankheit näher zu treten. Die Sache ist also im Fluß, und es ist zu erwarten, daß uns von dieser Seite bald Vorschläge zugehen.

Ob es möglich und geboten ist, Maßregeln gegen das Überhandnehmen der Saatkraße zu ergreifen, soll einer näheren Prüfung unterzogen werden.

Der Herr Abg. Febr. von Gleichenstein ist dann noch auf die Lage der Hopfenbauern zu sprechen gekommen und hat insbesondere hervorgehoben, daß die Hopfenenernte im vorigen Jahre eine so außerordentlich geringe war. Das wird natürlich auch von uns lebhaft bedauert, wenngleich angeführt werden muß, daß bei den Handelsgewächsen mit Fehljahren gerechnet werden muß. Über die Maßnahmen, die der Herr Abgeordnete zur Hebung des Hopfenbaues vorgeschlagen hat, werden wir zunächst mit der Landwirtschaftskammer ins Benehmen treten.

Ich komme dann noch auf einige Bemerkungen des Herrn Abg. Leiser zurück. Derselbe hat zunächst den Wunsch nach einer Veröffentlichung der Ergebnisse der Untersuchungen der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg ausgesprochen. Ich glaube, daß dies in ausgiebigem Maße bereit jetzt geschieht, ich verweise auf die verschiedenen Veröffentlichungen dieser Anstalt im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“, in anderen landwirtschaftlichen Fachzeitungen, auch im Blatt des Bauernvereins, und insbesondere verweise ich auch auf die Jahresberichte der Versuchsanstalt.

Der Herr Abgeordnete ist dann noch auf die Hochburg zu sprechen gekommen, und er hat u. a. gefragt, zu welchem Zweck dort staatliche Aufseher gehalten würden, und warum diese Aufseher nicht durch den Pächter entlohnt werden. Darauf habe ich zu erwidern, daß die Aufseher hauptsächlich zur Beaufsichtigung der praktischen Arbeiten der Ackerbauerschüler dienen und daß sie auch zur Mitwirkung bei den verschiedenen Kursen, die ja fast das ganze Jahr hindurch stattfinden und zu ähnlichen Aufgaben herangezogen werden.

Der Herr Abg. Leiser hat dann weiterhin gefragt, wem der Zuschuß zugut komme, welcher im Budget für den Betrieb der Zarenauzuchtstationen angefordert sei. Es ist in Tit. XVI der Ausgabe unter § 30 ein Betrag von 65 000 M. für den Betrieb der Zarenauzuchtstationen vorgesehen und dieser Ausgabe steht unter Tit. VII der Einnahme, § 2 eine Einnahme von 45 000 M. gegenüber, so daß also jährlich netto 20 000 M. für die Zarenauzuchtstationen ausgegeben werden, und diese 20 000 M. kommen den Gemeinden zu gut, denen durch die Zarenauzuchtstationen die Beschaffung guter Zuchtfarren erleichtert wird.

Der Herr Abg. Leiser hat dann noch über die Verwendung des für Förderung der Rindviehzucht im

Budget angeforderten Betrags von 160 000 M. gefragt. Ein Verwendungsplan findet sich aber in dem Kommissionsbericht, aus dem auch zu ersehen ist, daß für Prämien an Rindviehzüchter jährlich 80 000 M. vorgeesehen sind. Er hat in diesem Zusammenhang auch noch behauptet, was ja auch schon früher geschehen ist, daß die kleinen Tierbesitzer nicht recht in der Lage seien, sich an dem Wettbewerb um derartige Prämien zu beteiligen. Diese Frage ist aber in der Landwirtschaftskammer eingehend erörtert worden, und man war allgemein der Ansicht, daß diese Auffassung nicht zutrifft. Ich bin bereit, dem Herrn Abg. Leiser die Denkschrift, welche die Großh. Regierung über die staatliche Viehprämierung verfaßt hat, und in welcher insbesondere auch die Frage des Mitbewerbes der Kleinviehbesitzer eine eingehende Erörterung gefunden hat, zur Verfügung zu stellen. Er hat gemeint, man solle den für Prämien ausgesetzten Betrag mehr einschränken; das ist aber schon geschehen, denn wir haben früher für Prämien 100 000 M. ausgegeben und jetzt diesen Betrag schon auf 80 000 M. gekürzt.

Was die Färbung der Futtergerste durch Eosin und die durch solche angeblich verursachten Schädigungen der Tiere anbelangt, so ist durch neuerliche offizielle Versuche festgestellt worden, daß die Färbung durchaus unschädlich ist, und ich verweise den Herrn Abg. Bechtold auf eine kürzlich erschienene Veröffentlichung im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“.

Was endlich die Auszahlung der Entschädigungen für durch Feuer beschädigte oder zerstörte Gebäude anbelangt, so ist dieselbe durch das Gebäudeversicherungsgesetz näher geregelt. Hiernach darf die erste Hälfte der Entschädigungen erst nach der teilweisen Wiederherstellung und die zweite Hälfte nach der vollständigen Ausgleichung des Schadens ausbezahlt werden. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung bestätigen — ich habe ja selbst mit der Gebäudeversicherung zu tun —,

daß die Entschädigungen innerhalb der gesetzlichen Schranken ohne jede Verzögerung und so bald wie irgend zulässig ausbezahlt werden.

Hierauf wird abgebrochen.

Zum Schluß wird noch ein Schreiben der Ersten Kammer mitgeteilt, daß diese in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf, betr. die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten, beraten und in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung unverändert angenommen habe.

Schluß der Sitzung gegen $\frac{3}{4}$ 1 Uhr.

* Karlsruhe, 29. Jan. 27. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 31. Januar, nachmittags $\frac{1}{4}$ 4 Uhr.

Anzeige neuer Eingaben. Sodann:

Fortsetzung der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (für Förderung der Landwirtschaft), und damit (Ausgabe Titel XVI § 42) in Verbindung: den Antrag der Abgg. Dr. Zehnter und Gen., das Anbauverbot in bezug auf in Amerika heimische Neben betr. (Drucksache Nr. 27) — Drucksache Nr. 12d —, Berichterstatter: Abg. Fehr. von Mentzingen;

ferner Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Schmidt-Karlsruhe und Gen., die Maßnahmen gegen übermäßige Heguna des Wildstandes betr. (Drucksache Nr. 18).

